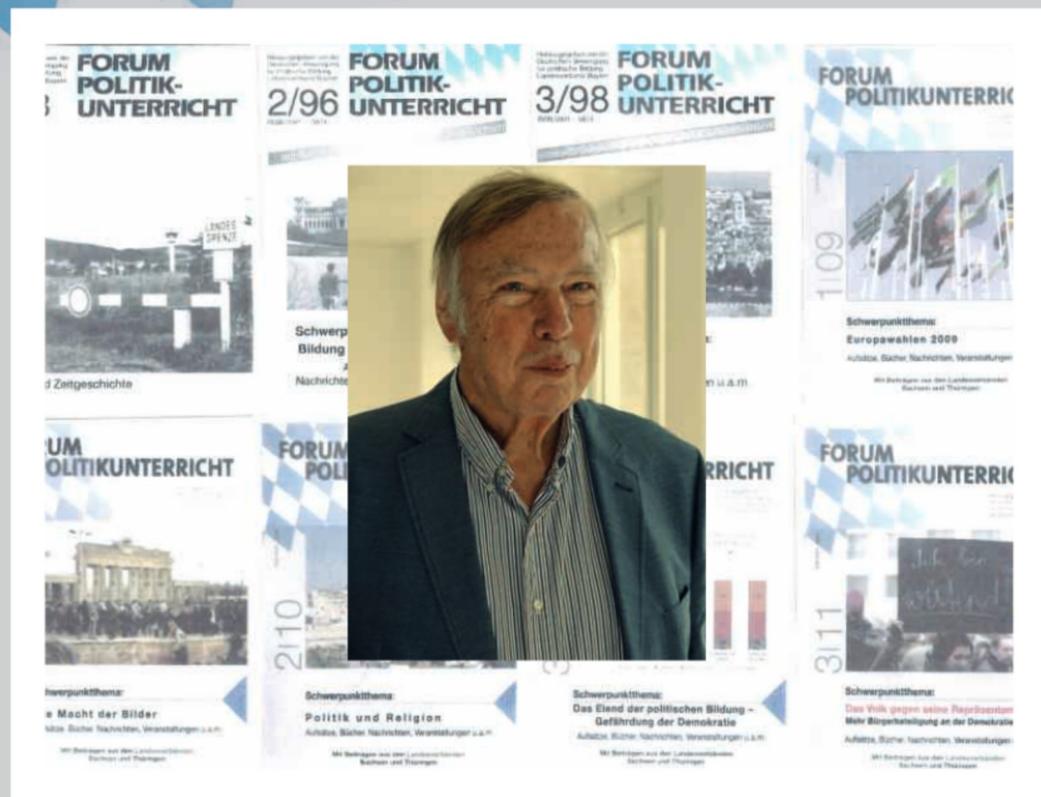


FORUM POLITIKUNTERRICHT

Herausgegeben von der
Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung –
Landesverband Bayern

ISSN 0941 - 5874

2123



Schwerpunktthema:

Hannes S. Macher – In memoriam
Vor der Zerreißprobe? –
Unsere Gesellschaft in der Zeitenwende

Nachrichten – Berichte – Rezensionen



MARKUS ALEXANDER MEINKE
**BAYERN UND DER EISERNE
 VORHANG 1945–1990**
*Die Grenzregime der DDR und
 der Tschechoslowakei im Vergleich*

Rund 800 Kilometer verlief der »Eiserne Vorhang«
 in der DDR und der Tschechoslowakei entlang der
 Landesgrenze zu Bayern. Die Studie spürt dem
 Phänomen einer gefühlten Andersartigkeit des
 tschechoslowakischen »Eisernen Vorhangs« in
 Form eines historischen Vergleichs nach.

472 S., 33 z. T. farb. Abb., Hardcover
 ISBN 978-3-7917-3434-7
 € (D) 49,95 / auch als eBook



NEUERSCHEINUNGEN

FRANZ X. KEILHOFER

»ICH HABE NIEMALS EIN VERBRECHEN BEGANGEN«

*Die Karriere des NSDAP-Kreisleiters Josef Glück –
 angeklagt wegen Massenmordes in der Ukraine*

Diese Biografie entlarvt die skrupellosen Winkelzüge eines gerissenen Karrieristen, zerrt sorgsam verschwiegene Verbrechen ans Tageslicht und gibt vergessenen Opfern eine Stimme.

»[...] selten, wenn überhaupt noch gar nicht, wurde
 bislang so deutlich sichtbar, welche Bedeutung letztlich
 die regionalen NS-Funktionäre für Aufbau und Sicherung
 der Nazi-Gewaltherrschaft hatten.«

PASSAUER NEUE PRESSE / MITTELBAYERISCHE ZEITUNG

512 S., 49 Abb., Hardcover, ISBN 978-3-7917-3432-3
 € (D) 39,95 / auch als eBook



VERLAG
 FRIEDRICH
 PUSTET

Tel. 0941 / 92022-0
 bestellung@pustet.de
 verlag-pustet.de

 Pustet.Geschichte

Impressum FORUM POLITIKUNTERRICHT

Herausgeber: Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.
 Prof. Stefan Rappenglück (verantw.), Selma-Lagerlöf-Str. 112, 81829 München,
 E-Mail: stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de

Redaktion: Prof. Dr. Andreas Brunold, Gaby Griese-Heindl, Dr. phil. Peter Herdegen, Uta Lechner,
 Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Anzeigen: Holger Keilwerth, E-Mail: WerbungFPU@gmx.de

Layout/Gestaltung: Martina Macher-Buchner, E-Mail: Redaktionfpu@gmx.net

Einzelverkaufspreis: 5,00 € (im Mitgliedsbeitrag enthalten)

Konto des Landesverbands: Kreissparkasse Augsburg,
 IBAN: DE48 7205 0101 0000 2931 34, BIC: BYLADEM1AUG

Mitteilungen über Änderungen der Anschrift und der Bankverbindung an:
 Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising, E-Mail: armin.seemann@web.de

ISSN 0941-5874

INHALT

Editorial	S. 4
Schwerpunkt I: Hannes S. Macher - In memoriam	
▪ <i>Armin Scherb</i> : Nomen est omen - Hannes S. Macher zum Gedenken	S. 5
▪ <i>Sabine Kehr / Frank Schiefer</i> : Unablässiger Einsatz für die politische Bildung in Bayern - Zum Tode von StD a.D. Hannes S. Macher	S. 10
Schwerpunkt II: Vor der Zerreißprobe? - Unsere Gesellschaft in der Zeitenwende (Zusammenfassung der Jahrestagung der DVPB LV Bayern in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bayern e.V.)	
1. Gesellschaftliche Befunde und Zeitenwende. Befunde und Ausblicke	
▪ <i>Nico Mokros</i> : Empirische Befunde: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland (Zusammenfassung: Peter Herdegen)	S. 15
▪ <i>Ursula Münch</i> : Politikwissenschaftliche Perspektive: Gesellschaftliche Spaltung und Zeitenwende - Befunde und Ausblicke (Zusammenfassung: Peter Herdegen)	S. 19
2. Gesellschaftliche Konfliktfelder	
▪ <i>Philipp Sälhoff</i> : Deutschland Ost und Deutschland West: Ein zusammenwachsendes Land? (Zusammenfassung: Friedrich Wölfl)	S. 21
▪ <i>Stefan Rappenglück</i> : Deutschland als Migrationsgesellschaft	S. 22
▪ <i>Meredith Haaf / Markus Lohmüller</i> : Verständigungsprobleme? Medialer Diskurs zwischen Aktivismus und Beharrungskräften (Zusammenfassung: Michael Schröder)	S. 28
3. Strategien der politischen Bildung	
▪ <i>Friedemann Brause</i> : „Kontrovers, aber mit Kompass“ - Projekte der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung für Dialog und Beteiligung (Zusammenfassung: Sebastian Haas)	S. 30
▪ <i>Christian Boeser</i> : Projekt „Dorfgespräch!“ (Zusammenfassung: Harald Retsch)	S. 32
▪ <i>Elke Reinhart</i> : Kümmerin der Initiative „Integration SAD“, Schwandorf / Integrationsbeauftragte der Stadt Neunburg vorm Wald (Zusammenfassung: Peter Herdegen)	S. 33
▪ <i>Andrea Taubenböck</i> : Werte leben, Demokratie stärken. Gemeinsam stark. Das Wertebündnis Bayern und die Stiftung stellen sich vor	S. 34
Landesverband Bayern	
▪ Bericht über die Mitgliederversammlung des LV Bayern der DVPB am 17.11.23 in der Georg-von-Vollmar-Akademie Kochel	S. 36
▪ Abiturpreis 2024	S. 37
▪ Save the Date: Jahrestagung 2024	S. 37
Buchbesprechungen	S. 38

EDITORIAL

Mit dieser Ausgabe der FPU würdigen wir Hannes S. Macher, der diese Zeitschrift 1987 mitbegründet und bis 2015 als Herausgeber geprägt hat. Armin Scherb beschreibt in seiner Laudatio, was der Landesverband Bayern der DVPB Hannes S. Macher zu verdanken hat. Er macht klar, dass Hannes S. Macher neben seiner Herausgebereigentätigkeit für die FPU außerordentlich wichtige Beiträge für die Arbeit des Landesverbands geleistet hat.

Sabine Kehr und Frank Schiefer zeigen, wie eng die Geschichte „seiner“ Zeitschrift „Forum Politikunterricht“ mit der Entwicklung der Politischen Bildung in Bayern und Deutschland verbunden ist.

Abgerundet wird die Würdigung durch einige Impressionen aus dem Lebensweg von Hannes S. Macher.

Das Thema der diesjährigen Jahrestagung des Landesverbands lautete: „Vor der Zerreißprobe? Unsere Gesellschaft in der Zeitenwende.“ Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass das Thema klug gewählt war. Manchmal scheint es, als würde die „Zerreißprobe“ täglich neue Themen betreffen. Allerdings: Kontroverse Diskussionen und offener Streit gehören zu einer freien und demokratischen Gesellschaft. Nicht jede politische Auseinandersetzung droht die Gesellschaft und die Politik zu „zerreißen“. Die Frage ist nur, wie

der grundlegende Konsens, der die Gesellschaft „zusammenhalten“ und vor dem „Zerreißen“ bewahren soll, aussehen muss und ob ein solcher Konsens gefährdet ist.

In der Dokumentation der Jahrestagung erfahren die Leserinnen und Leser zuerst, wie Ursula Münch und Nico Mokros aus politikwissenschaftlicher bzw. aus soziologischer Sicht gesellschaftliche Spaltungen wahrnehmen. Anschließend werden gesellschaftliche Konfliktfelder beschrieben: das „Zusammenwachsen von Ost und West-Deutschland“, „Deutschland als Migrationsgesellschaft“ und „Verständigungsprobleme im medialen Diskurs“ sind die Themen.

Die Tagung zeigte aber auch, wie „Spaltungen“ überwunden werden können. Berichte über Maßnahmen und Projekte für den gesellschaftlichen Dialog und Zusammenhalt schließen die Dokumentation der Tagung ab.

Wir freuen uns, dass sich unsere Redaktion erweitert und heißen unsere neuen Redaktionsmitglieder Uta Lechner und Gaby Griese-Heindl herzlich willkommen. Gabriele Griese-Heindl vertritt als Akademische Rätin die Fächer Didaktik Beruf und Wirtschaft und Didaktik Politik und Gesellschaft an der Universität Regensburg. Uta Lechner war u.a. ISB-Referentin, in der Staatskanzlei und zuletzt als stellv. Schulleitung am Gymnasium Starnberg tätig. *Die Redaktion FPU*

**BITTE BEACHTEN SIE ANZEIGEN UND BEILAGEN, OHNE DIE
DRUCK UND VERSAND AUCH DIESES HEFTES
NICHT MÖGLICH GEWESEN WÄRE!**

NOMEN EST OMEN – Hannes S. Macher zum Gedenken

In der Laudatio anlässlich seines 70. Geburtstags im Jahr 2013 hatte ich als damaliger Landesvorsitzender deutlich zu machen versucht, dass das lateinische Sprichwort „*NOMEN EST OMEN*“ wohl nirgendwo eine passendere Verwendung finden kann, als im Zusammenhang mit der Würdigung der wissenschaftlichen und publizistischen Leistung von Hannes S. Macher. Dieser Würdigung seiner Leistungen für den bayerischen Landesverband der Deutschen Vereinigung für politische Bildung stelle ich zunächst einige kurze biografische Informationen voran:

Hannes S. Macher, geboren 1943 in München studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik und Philosophie an den Universitäten München, Berlin und Wien. Er war von 1973 bis 2008 zuletzt im Rang eines Studiendirektors Gymnasiallehrer in München und unterrichtete in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Ethik. Seit 1987 war er Mitglied im Landesverband Bayern der DVPB. 1988 hat er die Zeitschrift *Forum Politikunterricht* mitbegründet. Von 1990 bis 2015 war er alleiniger Chef-Redakteur der Zeitschrift. Zu einem wesentlichen Element seiner Biografie gehört auch, dass Hannes Macher mit Leib und Seele Münchner war. Mit Bezug auf zwei seiner zahlreichen Publikationen hat ihn ein Mitglied des Landesverbands deshalb liebevoll mit dem Titel „*Monaco Hannes*“ bedacht.



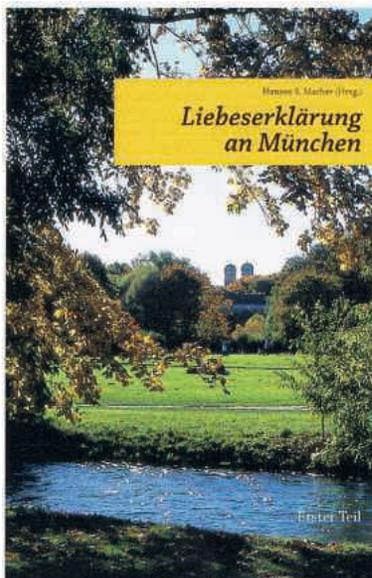
Als langjähriger Wegbegleiter sehe ich meine ehrenvolle Aufgabe jedoch vor allem darin, Hannes Machers verbandsbezogene Aktivitäten zu würdigen. Dabei sind mindestens *sechs* Aspekte zu berücksichtigen, die ich hier weniger in einer historisch-chronologischen als in einer themenbezogenen Systematik darstellen will. Zu thematisieren sind *erstens* seine Aktivitäten in der Gründungsphase des Landesverbands, *zweitens* seine Tätigkeit als Herausgeber und die damit verbundenen Arbeitsbereiche, *drittens* sein Engagement bei der Akquise von Drittmitteln, *viertens* seine Bedeutung für die Entwicklung des Stellenwerts von *Forum Politikunterricht*, *fünftens* sein Engagement im Zusammenhang mit der Integration der Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen und Thüringen sowie *sechstens* sein politisches Engagement für die Entwicklung des Fachs Sozialkunde in Bayern.

H.M. und die Gründungsphase

Im Jahr 1987 kam es zur Gründung der Zeitschrift *Forum Politikunterricht*. Dabei wurde der USA-Aufenthalt des damaligen Vorsitzenden

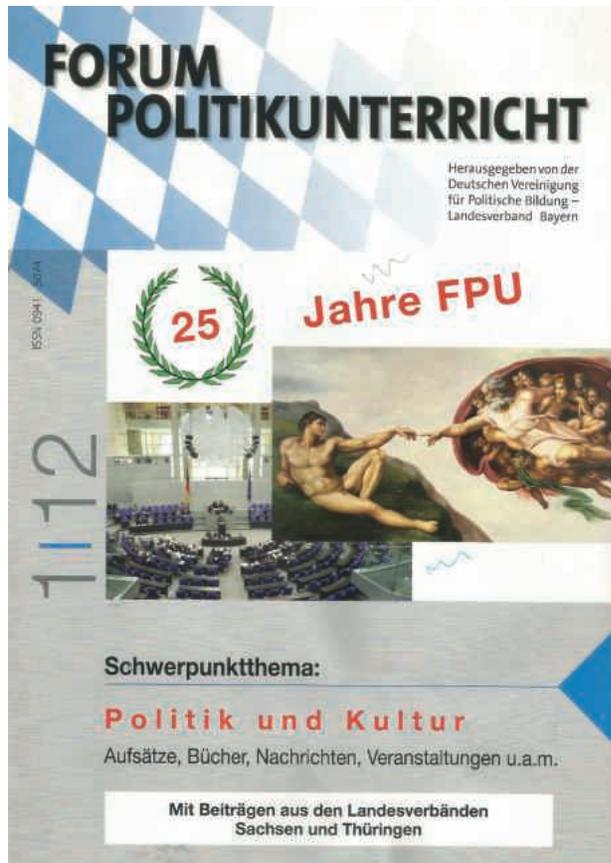
Prof. Heinrich Oberreuter für einen „Handstreich“ genutzt. An der „Verschwörung“ beteiligt waren hauptsächlich Albin Atzerodt und Hannes S. Macher.

Die Gründung entsprang einer gewissen – aus heutiger Sicht ausschließlich positiv zu beurteilenden – „oberbayerischen Dickköpfigkeit“ des danach über mehr als zwei Jahrzehnte amtierenden Chefredakteurs. Allerdings darf an dieser Stelle angemerkt werden, dass wohl bereits bei dem damaligen Vorsitzenden Prof. Oberreuter eine Art Hegelsche Einsicht in die Notwendigkeit Platz gegriffen haben muss, so dass der Chefredakteur in seinem Beitrag zur Jubiläumsausgabe 2012 dankbar zurückblicken konnte. Hannes Macher wäre jedoch nicht Hannes Macher, wenn seine Worte nicht den charmant-subtilen – vielleicht nur für Insider verständlichen – Hinweis auf einige Gründungsunstimmigkeiten enthalten hätten. Ich zitiere aus *Forum Politikun-*



Monaco Hannes' Liebeserklärungen

terricht Heft 1/2012, Seite 2: Seinen Dank richtete er dementsprechend „an die Vorsitzenden unseres Landesverbands (...), die von der Notwendigkeit dieser Zeitschrift überzeugt waren – oder dank des Erfolgs sich zumindest überzeugen ließen.“



Cover FPU Heft 1-2012

Die ersten Jahre der redaktionellen Arbeit entsprangen einer Kooperation von Heinrich Oberreuter, Albin Atzerodt und Hannes Macher. Ab der Ausgabe 3/1990 an übernahm H.M. das Amt des Herausgebers und Redakteurs in alleiniger Verantwortung und übte diese ehrenamtliche Tätigkeit über mehr als 25 Jahre aus bis ab der Edition von Heft 2-3/2015 ein fünfköpfiges Team die Aufgaben übernahm, die H.M. bis dato alleine zu bewältigen hatte.

H.M. als Herausgeber

H.M. ist Buchautor und Herausgeber von Anthologien, hauptsächlich zur bayerischen Geschichte und Literatur. Er ist Autor vieler Fachbeiträge in diversen Lexika, Zeitungen und Zeitschriften. Ich konzentriere mich hier und heute jedoch auf seine Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Zeitschrift *Forum Politikunterricht*. Obwohl für die Edition des Periodikums de jure immer der Vorsitzende des Bayerischen Landesverbands verantwortlich zeichnet, war *de facto*

H.M. seit 1990 nicht nur der Chefredakteur, sondern auch der Herausgeber von *Forum Politikunterricht*.

Diese Tätigkeit umfasste alle Bereiche redaktioneller Arbeit:

- Recherche zu den Schwerpunktthemen,
- Suche geeigneter Autorinnen und Autoren,
- Betreuung eines umfangreichen Rezensionsteils,
- Korrektur- und Layoutarbeiten, (die später seine Tochter Martina übernahm),
- Verhandlungen mit der Druckerei,
- Versand der Hefte, etc.

Diese Leistungen erbrachte H.M. bis zu seinem Ausscheiden für jährlich drei Ausgaben von *Forum Politikunterricht*. Wer – wie ich selbst - in der mehrköpfigen Redaktion einer Fachzeitschrift tätig war, kann ermessen, welchen zeitlichen und intellektuellen Aufwand H.M. jahrelang alleine ehrenamtlich erbracht hat. Damit kann mit Fug und Recht konstatiert werden: *Forum Politikunterricht ist das respektable Lebenswerk von Hannes Macher.*

H.M., der Drittmittelbeschaffer

Besonderer Erwähnung bedarf in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass H.M. mit großem kaufmännischem Geschick auch das finanzielle Fundament für ein dauerhaftes Erscheinen der Zeitschrift gelegt hat. Die Kontaktpflege zu Verlagen und anderen Sponsoren und sein unermüdliches Engagement bei der Akquise von Werbeanzeigen, hat es ermöglicht, dass *Forum Politikunterricht* nicht nur den hohen Ansprüchen an die inhaltliche Qualität einer Fachzeitschrift genügen konnte. Sein erfolgreiches Finanzmanagement bildete auch die Grundlage für ein redaktionelles Erscheinungsbild, das sich gerade auch in Zeiten, in denen viel von Politikverdrossenheit die Rede ist, den ästhetisierenden Denk- und Lebensweisen öffnete und damit vor allem auch jüngeren Kolleginnen und Kollegen den Zugang zur Politischen Bildung zumindest erleichtern konnte.

H.M. und der Stellenwert von FPU

Die Zeitschrift ist längst zu einer in der gesamten Bundesrepublik anerkannten fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Quelle für die in der Politischen Bildung Tätigen geworden. *Seine* – ich verwende dieses Possessivpronomen hier ganz ausdrücklich – *SEINE* Zeitschrift richtete sich jedoch nicht nur an schulische und außerschulische Multiplikatoren der Politischen Bildung, sondern auch an die Politik und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in poli-

tisch verantwortlichen Institutionen und Stiftungen. Bereits im Dezember 1993 hatte Hildegard Hamm-Brücher als Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung H.M. mit einer Urkunde für das engagierte Eintreten der Zeitschrift gegen Politikverdrossenheit gedankt. Wichtig für die Beurteilungen des Stellenwerts von *Forum Politikunterricht* ist in diesem Zusammenhang auch der Blick auf die bundesweite Landschaft der Verbandszeitschriften. Neben der vom Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für politische Bildung herausgegebenen POLIS haben unter den Landesverbänden nur Niedersachsen (*Politik unterrichten*) Nordrhein-Westfalen (*Politisches Lernen*) und eben Bayern (*Forum Politikunterricht*) die nachhaltige Energie für ein landeseigenes Periodikum aufgebracht. Auf dem Bundeskongress 2012 in Berlin traf sich im Rahmen eines Workshops deshalb auch nur ein kleiner Kreis von Redakteuren zu einem Erfahrungsaustausch.

Ausgehend von einer Bayerischen Identität war H.M. der Blick über den thematischen und topografischen Tellerrand immer wichtig. Lediglich als Beispiel für Viele sei hier auf Themenhefte verwiesen wie „*Visionen für Europa*“ (Heft 3-2016) oder „*Soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa*“ (Heft 3-2018).



H.M. vor der Bayerischen Vertretung in Brüssel;
Foto: privat

Summa summarum ist der Erfolg von *Forum Politikunterricht* das Resultat ehrenamtlichen Engagements - verbunden mit der redaktionellen Kompetenz, wozu H.M. als Germanist und als Sozialkundefahrer am Gymnasium geradezu prädestiniert war.

H.M. und die „(Wieder)vereinigung der Politischen Bildung“

Sein Verdienst ist es auch, in Zusammenarbeit mit

dem damaligen Vorsitzenden Prof. Dr. Peter Hampe Kontakte zu den benachbarten Bundesländern hergestellt zu haben. Es gelang H.M. im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen zur politischen Bildung mit Kolleginnen und Kollegen aus *Sachsen* enge Verbindungen zu knüpfen. So erhielten die Mitglieder des neugegründeten Landesverbandes Sachsen frühzeitig die Möglichkeit, sich mit eigenen Beiträgen in *Forum Politikunterricht* zu präsentieren. Das in der Nachwendezeit in den neuen Bundesländern im Bereich der politischen Bildung vorhandene Vakuum hat H.M. zu füllen mitgeholfen. Er hat den Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern die Möglichkeit gegeben, über gemeinsame Tagungen hinaus in seiner Zeitschrift sich publizistisch zu artikulieren und in einen regen Erfahrungsaustausch einzutreten. Das aktuell häufig bemühte Schlagwort „Inklusion“ hat H.M. immer schon praktiziert. Damit hatte seine Zeitschrift auch einen großen Anteil an der Festigung eines in den neuen Bundesländern damals noch weitgehend unbekanntem Politikunterrichts. Die Integration via Inklusion vollzog sich im Dialog und auf Augenhöhe. Die soziale Kompetenz und die Sensibilität eines H.M. waren hierfür der Garant.

Ab 2005 konnte auch der Landesverband *Rheinland-Pfalz* am publizistischen Wirken der Bayerischen Zeitung beteiligt werden. Die Zusammenarbeit mit dem rheinland-pfälzischen Landesverband hat dabei allerdings gezeigt, dass Dickköpfigkeit keineswegs ein ausschließlich oberbayerisches Persönlichkeitsmerkmal ist. Wenn zwei Platzhirsche aufeinandertreffen, dann ist gelegentlich nur noch ein Gebietskartell möglich und zwar unter dem abgewandelten Motto des Augsburger Religionsfriedens – und das lautet dann: „*CUIUS REGIO, EIUS POLITISCHE BILDUNG*“.

Im Jahr 2006 wurden Beziehungen zum Landesverband *Thüringen* der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung geknüpft. Damit wurde H.M.s Fachzeitschrift endgültig zu einem in dem besonders schwierigen Bereich der Politischen Bildung die Ost-West-Grenzen überwindenden *Forum Politikunterricht*.

H.M. und die Politik der Politischen Bildung

Sinn und Zweck eines Verbands liegt vor allem darin, eine eigene politische Philosophie zu entwickeln und diese nach außen zu artikulieren und zu vertreten. Bereits Heft 1/1988 belegt, mit welchem Engagement H.M. für das Fach eintrat, das damals in Anlehnung an die sogenannten „Social Studies“ in den USA einfach mit „Sozialkunde“ übersetzt wur-

de. Seit der Einführung des Faches wurde auch von Verbandsseite immer wieder auf die unzureichende Ausstattung der politischen Bildung hingewiesen. H.M. selbst hatte bereits 1979 in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung moniert, dass „die politische Bildung verkümmert“. (SZ v. 13./14.10.1979) Daraus abgeleitete Forderungen des Verbands nach besserer Stundenausstattung wurden jedoch immer wieder mit dem Hinweis auf die politische Bildung als „fächerübergreifendes Prinzip“ abgewiesen. Demgegenüber stand H.M. von Anfang an dezidiert auf der Seite derer, die erst durch das Fachlehrerprinzip und die entsprechende Stundenausstattung die notwendige Voraussetzung, für die vor allem in den Sonntagsreden der Politiker betonte Wichtigkeit der politischen Bildung für die Demokratie erfüllt sahen. Als in den 1980er Jahren das Bayerische Kultusministerium für das Gymnasium das Wahlfach „Politik und Zeitgeschichte“ erlaubte, war das auch für H.M. nur eine Kompensation für die nicht ausreichende Ausstattung, die eine professionelle politische Bildung erfordert hätte. In Gesprächen, die ich persönlich mit H.M. führen konnte, hatte dieser immer wieder auf die zahlreichen Petitionen, Resolutionen und persönlichen Vorsprachen im Ministerium hingewiesen und dabei das Missverhältnis von Ertrag und engagiertem Aufwand seitens der DVBP-Bayern bedauert. An Resignation und Rückzug hatte er jedoch nie gedacht, so dass seine dezidierten Stellungnahmen in den Heften über die Jahre hinweg ihn sicherlich nicht zum Lieblingskind der kultusministeriellen Verwaltung gemacht haben dürften. Auf dem Cover der Heftausgabe 3-2016 hatte Dr. Michael Schröder in neuer redaktioneller Zuständigkeit eine Karikatur platziert, die H.M. aus dem Herzen sprach.



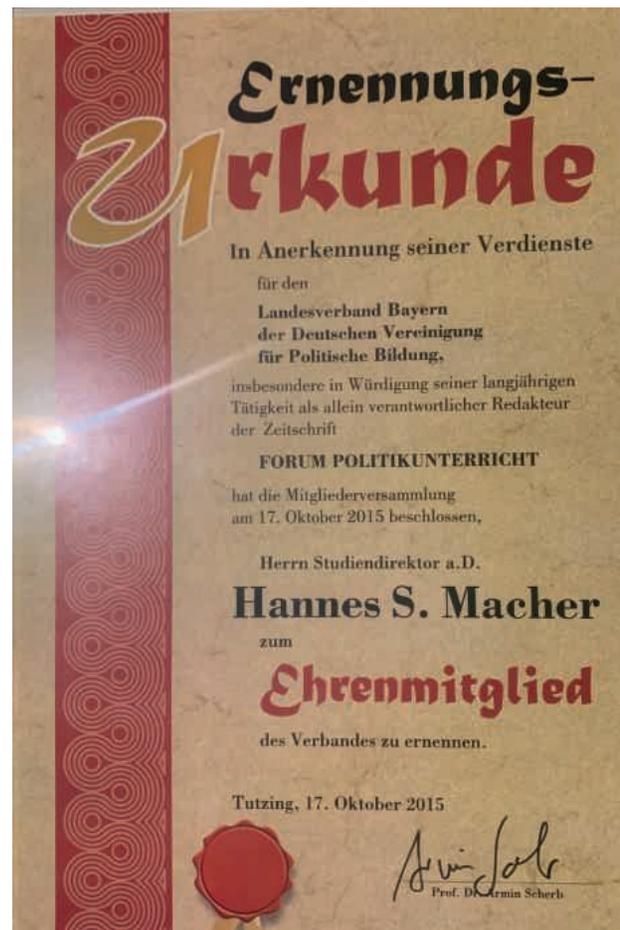
Cover FPU Heft 3-2016

Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass seine Kritik an den Defiziten der politischen Bildung durch zahlreiche empirische Untersuchun-

gen und verschiedene Rankings, die die Politische Bildung in Bayern meistens auf den hinteren Rängen sahen, immer wieder bestätigt wurde.

Ein persönliches Fazit

Hannes S. Macher hat durch seine Tätigkeit ein weit über das Persönliche hinausreichendes Lebenswerk geschaffen. Er half mit, den Lernenden die Grundsätze eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates näher zu bringen. Um dieses zentrale Anliegen der Politischen Bildung hat er sich in besonderer Weise verdient gemacht. Jenseits aller politischen Ideologien, aller parteipolitischen Positionen und aller zeitgeistabhängigen Strömungen sah sich H.M. immer einer verbindenden Kommunikation verpflichtet. Dabei fehlte es ihm keineswegs an Gelegenheiten und Courage zu dezidierten politischen Stellungnahmen, die er jedoch nie verabsolutierend präsentierte. Seine Bereitschaft zu Kompromiss und Konsens entsprang der Einsicht, dass demokratische Politik niemals als ein Exekutieren von Wahrheiten zu verstehen ist. Für ihn war daher die pragmatische Überzeugung kennzeichnend, dass in der sogenannten großen Politik wie im Verband Entscheidungen vor



Ernennung zur Ehrenmitgliedschaft durch Armin Scherb am 17.10.2015

allem dazu beitragen müssen, in interessengeleiteten Konfliktsituationen, die kaum entlang der Prädikate „richtig“ oder „falsch“ entscheidbar sind, für sozialverträgliche Lösungen zu sorgen.

Dieser Pragmatismus hatte bei ihm jedoch eine deutliche Grenze, wenn es um sein Lebenswerk ging. Schwer tat sich H.M. deshalb mit den finanziell-ökonomischen Bedingungen und Zwängen für die Erscheinungsweise seines *Forum Politikunterricht*. Dass in der Zeit zurückgehender Mitgliederzahlen, mit denen alle Parteien, Verbände und Organisationen konfrontiert sind, auch für den Bayerischen Landesverband der DVPB Zahl und Umfang der Heftauflagen auf den Prüfstand gestellt werden mussten, konnte H.M. verständlicherweise nur schwer ertragen. In Zeiten der Digitalisierung und des veränderten Leseverhaltens der jüngeren Generation verband mich als dem damaligen Landesvorsitzenden mit H.M. auch immer ein gewisser kultureller Konservatismus. Wie ich selbst, gehörte auch H.M. jener

möglicherweise „letzten Generation“ an, die mit dem haptischen Zugriff auf Texte in Papierform so etwas wie die Pflege der eigenen Identität verband. Die Beschränkung des Heftes auf eine ausschließlich kostengünstige Online-Version sollte unseres Erachtens daher nicht in Frage kommen.

Mein Nachruf sollte die Person Hannes Macher möglichst authentisch würdigen. So weiß ich, dass mir Hannes auf Grund unserer langjährigen respektvollen und in Freundschaft verbundenen Zusammenarbeit die Andeutung kleiner Seitenhiebe als aufrichtige *captatio benevolentiae* nachsehen würde.

Studiendirektor a.D. Hannes S. Macher ist am 18. April 2023 verstorben. In Anerkennung seiner Verdienste hatte ihn der Vorstand des Bayerischen Landesverbands auf der Jahrestagung 2015 in der Akademie für Politische Bildung Tutzing zum Ehrenmitglied ernannt. So werden wir Hannes immer in dankbarer Erinnerung behalten.

Prof. Dr. Armin Scherb, Arberg

Die politische Bildung verkümmert

Von Hannes S. Macher

Hannes S. Macher, Jahrgang 1943, ist Lehrer für Deutsch, Geschichte und Sozialkunde an einem bayerischen Gymnasium.

Alles fing so vielversprechend an: Als das Bayerische Kultusministerium in den 50er Jahren Sozialkunde in den Lehrplan der bayerischen Gymnasien aufnahm, da ging man mit wenig ausgebildeten Fachlehrern und noch weniger konkreten Vorstellungen über Ziele, Inhalte und Effizienz des Sozialkundeunterrichts, aber mit viel Energie und Euphorie an die Arbeit, hoffend, daß die politische Bildung an den Schulen den mündigen und kritischen Staatsbürger heranbilde. Schließlich steckten ja noch allen die Erfahrungen von Weimar und dem 3. Reich tief in den Gliedern, die traurige Erkenntnis nämlich, daß ein in Demokratie ungeübtes und an Demokratie weitaus desinteressiertes Volk in den Faschismus rannte.

„Die Erziehung zur Urteilsfähigkeit als zentrale Aufgabe der politischen Bildung“ wurde von Politikern aller Parteien, von Politikwissenschaftlern und Kultusministerialen denn auch landauf landab lauthals gefordert: Sozialkunde sollte demnach von der 9. bis zur 13. Jahrgangsstufe mit mindestens zwei Wochenstunden in den gymnasialen Stundenplan integriert werden. Doch seit 1969 steht dies nur noch als Wunschtraum auf dem Papier: Wegen Lehrermangels konnte Sozialkunde in den bayerischen Gymnasien sowieso nur in den 10., 12. und 13. Klassen unterrichtet werden — und das auch nur an den wenigsten Schulen, weil nicht genügend Sozialkundelehrer vorhanden waren.

Und weiter ging's bergab:

Seit 1974 wies das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus Sozialkunde in den Stundentafeln für die 9. und 11. Jahrgangsstufe des Gymnasiums schon gar nicht mehr aus;

zu Beginn des Schuljahres 1976/77 katalpultierte man den eben eingeführten, Leistungskurs Sozialkunde wieder aus der Kollegstufe (wie es bezeichnenderweise in einem Atemzug mit der heute gesellschaftswissenschaftlich orientierten Erdkunde geschah).

und seit dem vergangenen Schuljahr wird Sozialkunde in der 10. Klasse aller bayerischen Gymnasien nur mehr einstündig unterrichtet.

Was das bedeutet? Da nach dem Kollegstufenmodell Sozialkunde kein Pflicht-, sondern nur mehr ein Grund- oder (mit Geschichte,

lich genug, Bundestag und Bundesrat oder aktives und passives Wahlrecht unterscheiden zu können?

„Politische Bildung soll dem einzelnen helfen, sich in der komplizierten politischen Welt der Gegenwart besser zurechtzufinden und zu begründeten Entscheidungen zu kommen“ (Manfred Hättich). Wie soll dies erreicht werden, wenn zur Vertiefung der Fakten, zu kontroversen Gesprächen über die Lerninhalte der einzelnen Stunden oder gar für Diskussionen über aktuelle politische Themen bei dieser sträflich geringen Stundenzahl leider kaum mehr Zeit bleibt?

So wurde ein (notabene: bei Schülern beliebtes) Unterrichtsfach, das staatsbürgerliche Kenntnisse vermitteln und politische und gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen soll, mit Zustimmung des Kultusministers, der selbst Politologe ist, und mit Absegnung aller drei Landtagsfraktionen (die hier in eigener Sache ja wohl die allerbeste Lobby gewesen wären) ohne jegliche öffentliche Diskussion (wie sie bei der Kürzung des musischen Unterrichts glücklicherweise stattfand) langsam hingemeuchelt. Was nach dem 2. Weltkrieg mit Enthusiasmus begann, endet jetzt, da nun wirklich genügend Sozialkundelehrer vorhanden sind, die inzwischen als Arbeitslose firmieren müssen, als perfektes Trauerspiel.

Eines ist jedenfalls jetzt schon abzusehen, nämlich, daß die Zeche dieser Uneinsichtigkeit die Demokratie zahlen wird, denn den politisch aufgeklärten, den an „seinem Staat“ interessierten Bürger, der innerhalb von 13 Schuljahren erfahren kann, was unsere freiheitlich demokratische Grundordnung eigentlich bedeutet, wird man mit dieser Reduzierung des Sozialkundeunterrichts auf den Gymnasien kaum heranbilden können.

zum Thema Die SZ-Gastkolumne

Geographie oder Wirtschaft/Recht kombinierbares) Leistungskurs-Wahlfach ist, findet für den allergrößten Teil der bayerischen Gymnasiasten politische Bildung nur mehr in der 10. Klasse als einstündiges Fach statt.

Damit wurde die politische Bildung der bayerischen Gymnasiasten auf ein Maß reduziert, das nicht nur den staatsbürgerlichen Bildungsauftrag der Schule kaum mehr erfüllt, sondern vor allem eines demokratischen Staates unwürdig ist. Denn daß sich ein einstündiger Unterricht kaum sinnvoll und wirksam durchführen läßt, hat sich in diesem ersten Jahr seit der Änderung der Stundentafeln leider erwiesen: In insgesamt rund 30 Stunden eines Schuljahres kann nicht mehr als oberflächliches Faktenwissen über unsere Staatsorgane vermittelt werden. Aber ist es denn für einen mündigen Staatsbürger wirk-

SZ-Artikel vom 13./14.10.1979

Unablässiger Einsatz für die politische Bildung in Bayern – Zum Tode von StD a.D. Hannes S. Macher

Aller Anfang ist schwer – Politische Bildung in Bayern

Die Verdienste von Herrn StD a. D. Hannes S. Macher um die (schul-)politische Bildung in Bayern und sein unermüdlicher Einsatz für die Verbandszeitschrift *Forum Politikunterricht* (FPU) des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) können nicht hoch genug geschätzt werden. Bereits im Jahr 1979 monierte er in dem SZ-Artikel „Die politische Bildung verkümmert“ (Macher 1979, o. S.) die Randständigkeit des schulischen Faches *Sozialkunde* an öffentlichen Schulen, wie sie insbesondere am bayerischen Gymnasium vorzufinden war. Neben der politischen Urteilsfähigkeit als eine zentrale Kompetenzdimension könne, seiner Auffassung nach, auch Mündigkeit als Leitziel der politischen Bildung bei den Schülerinnen und Schülern aufgrund des geringen Stundenumfanges kaum angebahnt werden. Gerade die Zeiten politischer Unruhen und wirtschaftlicher Problemlagen, Mitte/Ende der 1970er-Jahre, mit dem heftig umstrittenen NATO-Doppelbeschluss und den daraus resultierenden Friedensdemonstrationen, mit den Terroraktionen der RAF, den Energie- und Wirtschaftskrisen sowie der steigenden Arbeitslosigkeit, verstärkten die Bedeutung der Orientierungsfunktion der politischen Bildung für die Schülerinnen und Schüler, was das stiefmütterlich behandelte Fach Sozialkunde bei weitem nicht zu leisten vermochte. Somit wurde die zunehmende Relevanz der schulischen politischen Bildung bzw. eine größere Berücksichtigung und inhaltliche Ausrichtung des Faches Sozialkunde an bayerischen Schulen zu einem Desiderat verbandspolitischer Tätigkeit, für dessen Stärkung und publizistische Breitenwirkung Herr StD a. D. Hannes S. Macher in sehr hohem Maße verantwortlich zeichnete.

Politische Bildung in Bayern: Unterrichtsprinzip versus Fachprinzip

In der Ausgabe 2/88 der Verbandszeitschrift FPU kritisierte Heinrich Oberreuter den geringen Anteil

von 0,6% des Faches Sozialkunde an der gesamten Unterrichtszeit bayerischer Gymnasien und widersprach vehement den Meinungen, die durch Stärkung des Unterrichtsprinzips Sozialkunde diesen marginalen Proporz an Unterrichtszeit künstlich erhöhen wollten (vgl. Deutsche Vereinigung für Politische Bildung - Landesverband Bayern 1988a, S. 5., 1988b, S. 7). Politische Bildung als Schulfach in Bayern kann zu dieser Zeit erst auf eine relativ kurze Tradition verweisen. In einem Beschluss der Kultusministerkonferenz von 1950 war politische Bildung nur als Unterrichtsprinzip vorgeschrieben und als Fachprinzip lediglich empfohlen worden (vgl. Detjen 2013, S. 113). Das Fach politische Bildung war bereits vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland in den drei Bundesländern Hessen, Schleswig-Holstein und Berlin als ordentliches Unterrichtsfach etabliert (vgl. Detjen 2013, S. 113). Aufgrund einer größeren Zahl von Hakenkreuzschmierereien in den Jahren 1959/1960 wurde die Notwendigkeit der politischen Bildung als Fachprinzip erkannt, sodass die restlichen Bundesländer dieses Fach an Schulen, Universitäten und Hochschulen Anfang der 1960er Jahre einführen (vgl. Gagel 2005, S. 127f.). Diese bildungspolitische Maßnahme wurde im Rahmen einer „amtlichen Förderung der politischen Bildung“ (Hartwich 1990, S. 38) gemäß einem KMK-Beschluss aus dem Jahr 1962 legitimiert (vgl. Gagel 2005, S. 127f.). In diesem Kontext merkte Oberreuter an, dass sich die politische Bildung nicht nur auf das Unterrichtsprinzip in seiner häufig konstatierten Alibifunktion beschränken dürfe, sondern die fachliche Grundlegung im Politikunterricht insbesondere über das Fachprinzip erfolgen müsse, wie in anderen Unterrichtsfächern auch (vgl. Deutsche Vereinigung für Politische Bildung - Landesverband Bayern 1988b, S. 7). Sein Vorgänger als Direktor der Akademie für politische Bildung in Tutzing, Manfred Hättich, kritisierte ebenso die häufig diagnostizierte und bemängelte Randexistenz der politischen Bildung in der Schule und sprach sich für eine deutliche Stärkung der schulischen politischen Bildung aus. Seiner Meinung nach bedürfe es der politischen Bildung zur Erhaltung der Demokratie (vgl. Deutsche Vereinigung für Politische Bildung -



Hannes S. Macher
1943-2023

Landesverband Bayern 1988a, S. 38). Auch Franke beschreibt in dem *Memorandum zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1988/89* der DVPB die unzulängliche Situation der politischen Bildung in Deutschland aufgrund des geringen Wochenstunden-Umfangs des Unterrichtsfachs Sozialkunde resp. Gemeinschaftskunde (vgl. Franke 1991).

Mit Blick in den aktuellen bayerischen Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIE WÄHLER, in dem u.a. eine Demokratie- und Wertevermittlung gestärkt werden sollte, wird die sog. „Verfassungsviertelstunde“ (Koalitionsvertrag 2023 – 2028 – Bayerisches Landesportal 2023, S. 10) im wöchentlichen Turnus vereinbart. In dieser soll exemplarisches Lernen anhand verschiedener Artikel der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland praxisnah erfahrbar sowie ausgewählte Verfassungsgrundsätze lebensnah diskutiert werden (vgl. Koalitionsvertrag 2023 – 2028 – Bayerisches Landesportal 2023 S. 10ff.), wie es dies ursprünglich auch im Art. 131 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung formuliert ist: „Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.“ Es kann bei der Einführung dieser „Verfassungsviertelstunde“ (Koalitionsvertrag 2023 – 2028 – Bayerisches Landesportal 2023, S. 10) davon ausgegangen werden, dass dabei eine Restrukturierung des originären Unterrichtsprinzips der schulischen politischen Bildung intendiert wird.



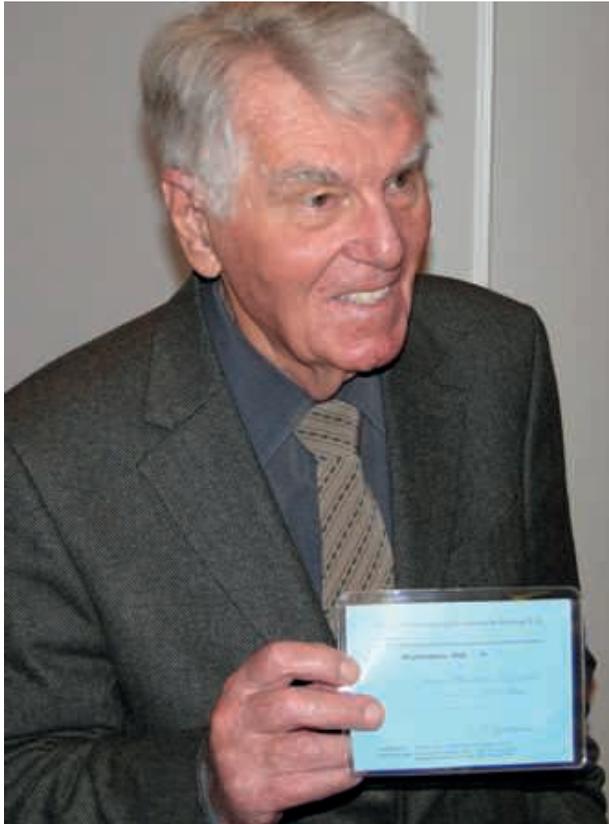
Gab den Anstoß zur Gründung einer eigenen Verbandszeitschrift: Albin Atzerodt (1933 - 2011)

Verbandszeitung Forum Politikunterricht



Cover der ersten Ausgabe der Verbandszeitschrift „FORUM POLITIKUNTERRICHT“, 1/88

In einem von ihm veröffentlichten Nachruf auf Albin Atzerodt aus dem Jahr 2011 verweist StD. a. D. Hannes S. Macher auf dessen herausragende Stellung als Hauptinitiator der Verbandszeitung *Forum Politikunterricht* und bezeichnet ihn als „Anwalt der politischen Bildung in Bayern“ (Macher 2011, S. 2). Atzerodt proklamierte als Patentrezept gegen die Schiefelage der schulischen politischen Bildung: „Nur eine Verbandszeitschrift kann die nötige Plattform für öffentliches kämpferisches Agieren bieten“ (Macher 2011, S. 2). Dieser Schachzug erwies sich als äußerst geschickt, da in Folge der Gründung der FPU sich die Mitgliederzahl der *DVPB Bayern* kurz darauf verdoppelte und eine größere öffentliche Breitenwirkung bei den Landtagsabgeordneten im Maximilianeum und den entscheidenden Ministerialbeamtinnen und Ministerialbeamten im Kultusministerium bewirkt wurde. Herr StD a.D. Hannes S. Macher gibt in dem besagten Nachruf nähere Informationen zur Gründungsgeschichte der Verbandszeitschrift FPU. Hierbei beschreibt er die anfänglichen Schritte am Neubiberger Gymnasium, in dem Albin Atzerodt Direktor war: Im Engagement um die Beseitigung der Defizite in der schulischen politischen Bildung in Bayern traf man sich dort und führte erste redakti-



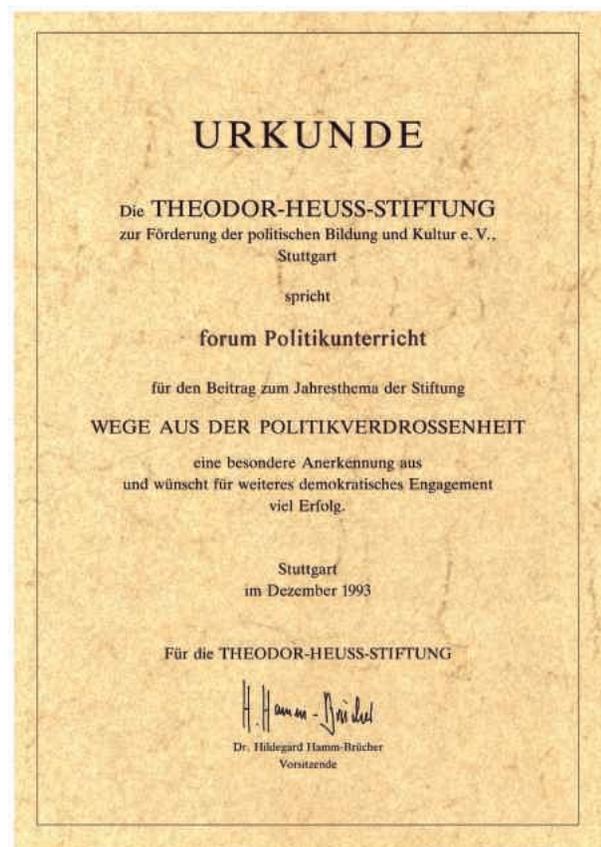
Adalbert Brunner mit dem DVPB Mitgliedsausweis Nr.1
(Foto:Macher/FPU)

onelle Tätigkeiten für die Erstausgabe der Verbandszeitschrift aus. Dabei sollte es sich um kein bloßes „Mitteilungsblättchen“ (Macher 2011, S. 2) handeln, „sondern eine engagierte Publikation mit aktuellen Beiträgen zur Beförderung der politischen Bildung“ (Macher 2011, S. 2) war als Zielsetzung ausgegeben worden. Die erste Ausgabe wurde möglichst preisgünstig im Offsetdruckverfahren auf der Druckmaschine eines ehemaligen Schülers veröffentlicht. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Insgesamt war die Erstausgabe mit 91 Seiten bereits sehr ausführlich, wurde im DIN A 5-Format und in schwarz-weiß gedruckt (vgl. Macher 2011, S. 2). Diese Verbandszeitschrift erscheint im analogen Druckverfahren bis zum heutigen Tage.

Herr StD a. D. Hannes S. Macher hat sich für die Stärkung der Verbandszeitschrift *Forum Politikunterricht* als politikdidaktisches Publikationsorgan und deren zunehmende Breitenwirkung im domänenspezifischen wissenschaftlichen Diskurs mit großem und unablässigem persönlichem Engagement eingesetzt. Besondere Verdienste hat er sich bei wichtigen redaktionellen Aufgaben, wie der Layoutgestaltung, Werbekundenakquise oder durch das Verfassen eigener Artikel, erworben. Allerdings ist derzeit aufgrund steigender Druckkosten geplant, die FPU künftig teilweise in einer Onlineversion den Mitgliedern zukommen zu lassen.

Die 1980er Jahre als konzeptionell-retardierende Phase in der Politikdidaktik

Ähnlich wie die schulische politische Bildung erlebte auch die politische Hochschuldidaktik, insbesondere in den 1980er Jahren, einen Stillstand. Während in den 1960er bis 1970er Jahren wichtige konzeptionelle Entwürfe für die politische Bildung entstanden waren, kam es in den 1980er Jahren zu einem konzeptionell-retardierenden Momentum. Ursächlich für diesen politikdidaktischen Bedeutungsschwund waren die Streichung bzw. Nichtnachbesetzung von Hochschullehrerstellen, das Fehlen bedeutender konzeptioneller Gesamtentwürfe in der Politikdidaktik sowie der Mangel an Publikationsmöglichkeiten zur Austragung fachdidaktischer wissenschaftlicher Diskurse. Gleichzeitig wurde die schulische politische Bildung zunehmend in den Hintergrund gedrängt, wodurch der Theorie-Praxis-Bezug zwischen schulischem Fachunterricht und universitärer Politikdidaktik in eine Schiefelage geriet (vgl. Gagel 2005, S. 283f.). Wolfgang Sander sprach in diesem Kontext von einer „bleiernen Zeit“ (Sander 2013, S. 149) der Politikdidaktik und stellte so diese schwierige Phase in der Geschichte der politischen Bildung ziemlich drastisch dar. Walter Gagel trieb dies sogar auf die



Urkunde der Theodor-Heuss-Stiftung für den Beitrag „Wege aus der Politikverdrossenheit“, Dezember 1993

Spitze, indem er 1986 konstatierte: „Stirbt die politische Bildung aus?“ (Gagel 1992, S. 67). Zum Glück trat diese pessimistische Einschätzung Gagels nicht so negativ ein.

Mit den Fachzeitschriften *FPU* und *Polis* wurden wichtige Publikationsplattformen für den politikdidaktischen Austausch geschaffen. Ein Großteil der Lehrstühle für politische Bildung wurde wiederbesetzt und ab den 1990er Jahren trat die „nachkonzeptionelle Phase“ (Gagel, 2005, S.279) in der Politikdidaktik ein.

Herrn StD a. D. Hannes S. Macher gebührt als tatkräftiger Mitbegründer, langjähriger Redakteur und im wahrsten Sinne des Wortes hauptverantwortlicher ‚Macher‘ der Verbandszeitschrift *FPU* das große Verdienst, mit diesem vielbeachteten Publikationsorgan den wissenschaftlichen Diskurs um die politische Bildung ‚angefacht‘ und somit die Politikdidaktik aus ihrer (konzeptionellen) Bedeutungslosigkeit in den 1980er Jahren ein Stück weit ‚herauskatapultiert‘ zu haben.



Titelcover der Ausgabe 2/16

Politische Bildung als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen

Herr StD a. D. Hannes S. Macher setzte sich in steter Bemühung und in umtriebiger Art und Weise für

die Belange der politischen Bildung an bayerischen Schulen ein. Sein unermüdliches und enormes Engagement für die Fachdisziplin und die Verbandszeitschrift *Forum Politikunterricht* ist dabei von großer, nicht zu unterschätzender Bedeutung und Wichtigkeit, denn politische Bildung kann der Schülerin und dem Schüler in der aktuell vorherrschenden gesellschaftlichen Umbruchszeit und politischen „Zeitenwende“ (Olaf Scholz 2022, S. 7) richtungsweisend Stabilität und Wertorientierung geben. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat 2019 ein *Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen* veröffentlicht und proklamiert darin, dass politische Bildung ein obligatorisches Aufgabenfeld in Unterricht und Schulleben darstellt sowie Politische Bildung als Unterrichtsprinzip in allen Fächern realisiert werden sollte (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2019, S. 7). „Um aktuelle politische und gesellschaftliche Phänomene zu verstehen, die sich gegen die Demokratie und ihre Freiheitspostulate richten, müssen die Schülerinnen und Schüler lernen, diese in einen geschichtlichen Kontext einzuordnen“ (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2019, S. 8). Mit Blick auf populistische Tendenzen im politischen Alltagsgeschäft oder auf internationale Konflikte, wie beispielsweise in der Ukraine oder im Nahen Osten, scheint schulische politische Bildung wichtiger denn je zu sein, damit die Schülerinnen und Schüler ihre politische Urteils- und Handlungsfähigkeit entwickeln und damit gesellschaftspolitischen Herausforderungen kritisch entgegentreten lernen. Auch die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktbewältigung, Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Empathievermögen stellen u.a. wichtige Kompetenzen dar, um sich in einer politisch pluralistischen Gesellschaft behaupten zu können. Weiterhin verweist das ISB (Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung) auf die wichtige Bedeutung von Anbahnung und Förderung der Demokratiefähigkeit der Schülerinnen und Schüler, damit sie als mündige Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben partizipieren können. So soll politische Bildung die Schülerinnen und Schüler auch in deren moralischen Wertekosmos navigieren helfen und ihr demokratisches Bewusstsein stärken, sich für eine wehrhafte Demokratie im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung einzusetzen und sie für extremistische Ideologien sowie fundamentalistische Organisationen zu sensibilisieren (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 2019, S. 7). Der politischen Bildung kann somit ein „präventiver Charakter“ (Wohnig 2021, S. 44) zugeschrieben werden, der die Schülerinnen und Schüler in die

Lage versetzt, gesellschaftspolitischen Herausforderungen im Sinne kritischer politischer Urteilsbildung zu begegnen. Mit der Einführung des LehrplanPLUS an bayerischen Gymnasien wurde insbesondere in der Oberstufe das Fach Politik und Gesellschaft (vormals: Sozialkunde) deutlich gestärkt. Die Zukunft wird zeigen, inwiefern diese bildungspolitische Maßnahme konstruktives kompetenzorientiertes Unterrichten im Fach Politik und Gesellschaft an bayerischen Gymnasien – ähnlich wie dies bereits an sozialwissenschaftlichen Gymnasien in Bayern schon länger schwerpunkttechnisch möglich ist, befördern wird.

In diesem Sinne kann der kontinuierliche und vorbildliche Einsatz von Herrn StD a. D. Hannes S. Macher als bedeutender Protagonist für die Belange und die Stärkung der politischen Bildung in Bayern und in seiner kontinuierlichen, ‚federführenden‘ Funktion für die Verbandszeitschrift *Forum Politikunterricht* (FPU) nicht hoch genug geschätzt werden. Herr StD a. D. Hannes S. Macher ist leider am 18.04.2023 in München verstorben. Wir werden ihn für seine zahlreichen und gewichtigen Verdienste im dauerhaften Andenken bewahren.

Sabine Kehr, Frank Schiefer, Würzburg

Literaturverzeichnis

- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (2019): Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen. Verbindliche Bekanntgebung des Kultusministeriums. München.
- Detjen, Joachim (2013): Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. 2., aktualisierte und erw. Aufl. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).
- Deutsche Vereinigung für Politische Bildung - Landesverband Bayern (1988a): Forum Politik-Unterricht. München: Europa Union Verlag (2).
- Deutsche Vereinigung für Politische Bildung - Landesverband Bayern (1988b): Forum Politik-Unterricht. München: Oldenbourg (3).
- Franke, Kurt (1991): Deutsche Vereinigung für politische Bildung: Memorandum zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1988/89. In: Kurt Franke (Hg.): Demokratie Lernen in Berlin. 1. Berliner Forum zur politischen Bildung 1989. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 293–301. Online verfügbar unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-663-09578-1_36.
- Gagel, Walter (1992): Politische Didaktik: Selbstaufgabe oder Neubestimmung? In: Gottfried Breit und Peter Massing (Hg.): Grundlagen und Praxisprobleme der politischen Bildung. Ein Studienbuch. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik, 305), S. 66- 71.
- Gagel, Walter (2005): Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1989; zwölf Lektionen. 3. überarb. und erweiterte Aufl. Wiesbaden; Verlag für Sozialwissenschaften
- Gagel, Walter (2005): Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1989/90. 3., überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch).
- Macher, Hannes S. (1979): Die politische Bildung verkümmert. In: *Süddeutsche Zeitung* 1979, 13./14. Oktober (237).
- Macher, Hannes S. (2011): Albin Atzerodt (12.3.1933 - 5.10.2011). In: *Forum Politikunterricht* (3), S. 2.
- Hartwich, Hans-Hermann (1990): Die wechselseitige Beeinflussung von Politik und staatlicher politischer Bildung. In: Ulrike Brügge (Hg.): Vierzig Jahre politische Bildung in der Demokratie. Dokumentation; Kongress im Berliner Reichstag vom 10. - 12. November 1989. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 34-50.
- Koalitionsvertrag 2023 – 2028 – Bayerisches Landesportal (2023). Online verfügbar unter <https://www.bayern.de/staatsregierung/koalitionsvertrag-2023-2028/>, zuletzt aktualisiert am 26.11.2023, zuletzt geprüft am 26.11.2023.
- Olaf Scholz (2022): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin.
- Sander, Wolfgang (2013): Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland. 3., aktualisierte Auflage. Marburg: Schüren-Verl.
- Wohnig, Alexander (2021): Gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam bearbeiten!: Potentiale schulisch-außerschulischer Bildungsk Kooperationen für die Förderung politischen Handelns. 205 KB / Pädagogische Horizonte; 5.2021,1, S. 43-59. DOI: 10.17883/PA-HO-2021-01-05.

Vor der Zerreißprobe? Unsere Gesellschaft in der Zeitenwende

Zusammenfassung der Jahrestagung der Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung LV Bayern und der Europäischen Akademie
Bayern e.V. vom 17.-18.11.2023

1. Gesellschaftliche Befunde und Zeitenwende. Befunde und Ausblicke

Nico Mokros: Empirische Befunde: Die distanzierte Mitte.
Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen
in Deutschland



Quelle Uni Bielefeld: [https://ekvv.uni-bielefeld.de/pers_](https://ekvv.uni-bielefeld.de/pers_publ/publ/PersonDetail.jsp?personId=114022896)
[publ/publ/PersonDetail.](https://ekvv.uni-bielefeld.de/pers_publ/publ/PersonDetail.jsp?personId=114022896)
[jsp?personId=114022896](https://ekvv.uni-bielefeld.de/pers_publ/publ/PersonDetail.jsp?personId=114022896)

Mitte-Studien ist, dass rechte und demokratiegefährdende Einstellungen nicht nur am Rand der Gesellschaft vorkommen, sondern auch in ihrer Mitte. Methodisch wird die Studie als telefonische Befragung durchgeführt.

Persönliche Betroffenheit von Krisen

Krisen werden von den Befragten stärker wahrgenommen, je weiter sie von ihrer konkreten Person

entfernt. 30% der Befragten empfinden, dass sie von den Krisen persönlich stark oder sehr stark betroffen sind, 40% glauben, dass „Menschen „wie sie“ durch die Krisen große Nachteile erleiden müssen, aber 55% glauben, dass Deutschland als Nation stark oder sehr stark negativ beeinflusst wird. (s. Grafik 1).

Antidemokratische Orientierungen und Krisenwahrnehmung

Befragte mit hohem Krisenbewusstsein sind weniger demokratisch orientiert als der Durchschnitt, sie neigen stärker zu rechtsextremen Einstellungen.

Die Mitte-Studie unterscheidet unterschiedliche Möglichkeiten mit Krisen umzugehen. Sie grenzt einen öffnenden Krisenmodus von einem sich schließenden Krisenmodus ab. Der sich abschließende Krisenmodus betont eher das Nationale und setzt sich dafür ein, dass die Eigengruppe bevorzugt wird. Der sich öffnende Krisenmodus plädiert für Solidarität mit denen, die besonders unter der Situation leiden und setzt auf vorhandene Regulationsmechanismen.

Bei den Befragten, die den schließenden Krisenmodus im nationalen Sinne bevorzugen, sind Personen, die durch die Krisen eher oder stark verunsichert sind, klar in der Mehrheit (74%), bei den Vertretern des offenen Krisenmodus finden sich weniger eher oder stark verunsicherte Personen (26%) (s. Grafik 2).

Krisenbetroffenheit in der Mitte-Studie 2022/23 (Angaben in Prozent)

Tabelle 7.1

	gar nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark
Krisenbetroffenheit (M = 3,30; SD = ,87; n = 2.024; α = ,83)					
Wie stark ist Deutschland Ihrer Meinung nach derzeit von Krisen betroffen?	1,7	6,3	37,1	36,4	18,6
Wie stark sind Menschen wie Sie von den Krisen betroffen?	3,9	19,9	37,1	26,0	13,1
Und wie stark sind Sie von den Krisen betroffen?	7,1	24,3	37,7	21,3	9,5

Anmerkungen M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha.

Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

Grafik 1: Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>; Zick u.a. 2023, 228f.

Einstellungen zur Demokratie

Das Vertrauen in staatliche Organisationen (z.B. Behörden Gerichte Universitäten) ist in den Untersuchungen von 2018 bis 2023 zurückgegangen.

2018/19 vertrauen 56% der Befragten diesen Organisationen, 2020/21 61% und 2022/23 nur mehr 51%.

Die Aussage, dass öffentlich-rechtliche Medien eine wichtige Stütze der Demokratie sind, findet weniger Zustimmung. 2021/22: 74%, 2022/23: 66%.

Der Aussage „Leute wie ich haben keinen Einfluss“ stimmen immer mehr Bürgerinnen und Bürger zu. 2018/19: 30%, 2020/21: 26% und 2022/23: 39% (s. Grafik 3).

Dagegen finden populistische und demokratiegefährdende Aussagen immer mehr Zustimmung.

Der Aussage „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ stimmen 18,8% eher und 13,5% voll und ganz zu (29,4% teils/teils). Hier gibt es einen deutlichen Anstieg.

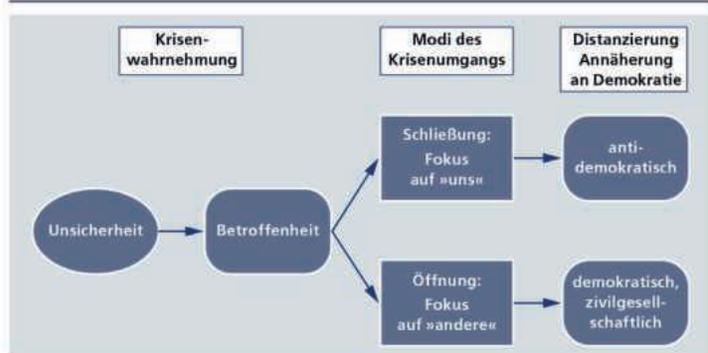
Auch die Aussage „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“ findet immer mehr Zustimmung: 2018/19: 25%, 2020/21: 19% und 2022/23: 32%.

21% der Befragten meinen „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie“. 29% sind der Auffassung, man muss Widerstand gegen die aktuelle Politik leisten (2018/19: 34 %; 2020/21: 23 %). Die Studie rechnet diese Aussagen zu den völkisch-autoritär-rebellischen Einstellungen.

Insgesamt finden solche Einstellungen sowie Verschwörungsglauben und Populismus immer mehr Zustimmung. Der Einsatz von politischer Gewalt wird von deutlich mehr Befragten gebilligt (s. Grafik 4).

Modell der Krisenmodi politischer Orientierungen

Abb. 7.1

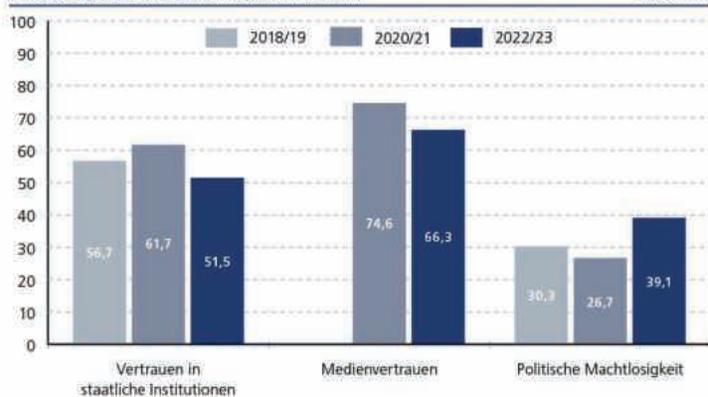


Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

Grafik 2: Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> Zick u.a. 2023, 226

Demokratie- und Medienvertrauen sowie politische Machtlosigkeit im Zeitvergleich 2018–2023 (Angaben in Prozent)

Abb. 4.4a



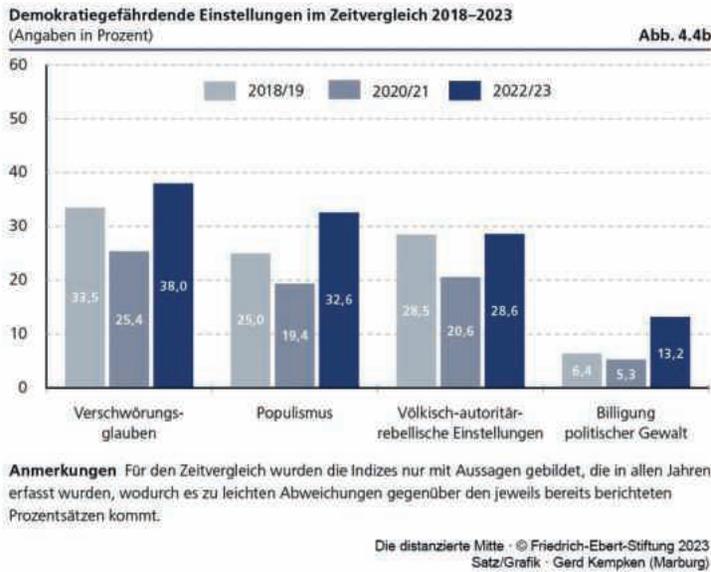
Anmerkungen Medienvertrauen wurde 2018/19 nicht erfasst.

Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

Grafik 3: Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> Zick u.a. 2023, 112.

Rechtsextremismus als Einstellungskonstrukt

Rechtsextreme Einstellungen schreibt die Mitte-Studie den Befragten zu, die folgende Positionen teilen:



Grafik 4: Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegenrechtsextremismus/mitte-studie-2023> Zick u.a. 2023, 124.

- Befürwortung rechtspopulistischer Diktatur
- Nationaler Chauvinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus
- Fremdenfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus

Diese Einstellungen werden gemessen, indem die Zustimmung zu bestimmten Aussagen abgefragt wird, die diese Standpunkte abbilden sollen (s. Grafik 5).

Zu allen Aussagen steigt 2022/23 die Zustimmung, wenn man sie mit der Unters-

Stellungnahme	... keine richtig ab	... keine überwiegend ab	teils/teils	... stimmen überwiegend zu	... stimmen voll und ganz zu
Befürwortung einer rechtgerichteten Diktatur (M = 5,86; SD = 3,16; n = 1.948; α = ,81)					
Ein nationales Interesse ist unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform.	62,8	14,0	16,1	4,8	2,2
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt vertritt.	44,0	12,8	19,2	11,6	10,3
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	40,3	12,6	12,2	15,5	5,3
Nationalchauvinismus (M = 7,82; SD = 3,40; n = 1.931; α = ,81)					
Wir sollten endlich wieder stolz auf einen starken Nationalgefühl haben.	20,8	12,1	21,2	34,2	11,0
Wir unserer Land heute braucht, ist ein hartes und energiegelbes Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	58,1	12,9	26,4	14,6	4,5
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	31,2	16,7	25,6	11,9	6,6
Verharmlosung des Nationalsozialismus (M = 5,75; SD = 2,84; n = 1.825; α = ,86)					
Ohne Judenverfolgung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	64,4	11,5	12,5	8,3	3,9
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsbuchung weit übertrieben worden.	64,0	14,1	11,8	5,6	2,5
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	58,1	13,9	16,9	3,2	2,8
Fremdenfeindlichkeit (M = 7,31; SD = 3,06; n = 1.948; α = ,80)					
Die Ausländer kommen nur herbei, um unseren Wohlstand auszunutzen.	23,9	13,6	29,8	12,6	12,4
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.	44,3	20,2	17,5	10,2	7,8
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfordert.	53,5	16,5	22,2	19,8	12,8
Antisemitismus (M = 5,21; SD = 2,98; n = 1.878; α = ,80)					
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	35,1	16,0	15,2	7,5	4,3
Die Juden arbeiten mehr als andere Völkern mit ihrem Fleiß, um das zu erreichen, was sie wollen.	42,3	15,7	18,8	5,6	2,6
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigenartliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	43,1	16,5	12,6	5,6	2,8
Sozialdarwinismus (M = 5,41; SD = 2,90; n = 1.928; α = ,81)					
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	51,6	19,2	12,7	6,7	4,5
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	58,2	16,0	16,0	4,7	5,0
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	66,5	9,7	12,0	6,8	5,9

Anmerkungen M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha

Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

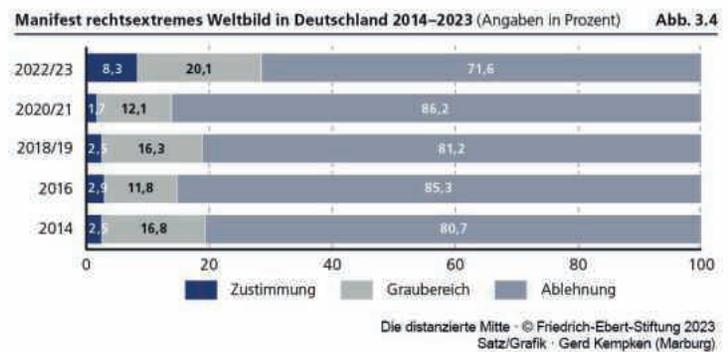
Grafik 5: Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegenrechtsextremismus/mitte-studie-2023> Zick u.a. 2023, 64f.

chung von 2020/21 vergleicht. Dies gilt vor allem für die Bereiche Nationalchauvinismus und Fremdenfeindlichkeit. Auch der Graubereich, in dem nicht eindeutig zwischen Zustimmung oder Ablehnung unterschieden wird (teils/teils), steigt an.

Bei einem manifest rechtsorientierten Weltbild gibt es seit 2014 einen drastischen Zuwachs: 2022/23 stimmen 8,3% aller Befragten allen Aussagen zu (s. Grafik 6).

Bei folgenden Bevölkerungsgruppen ist ein manifest rechtsextremes Weltbild öfter zu finden als beim Durchschnitt der Bevölkerung (8,3%): Aufgewachsen in Ost-Deutschland: 16%, 18-34-jährigen: 12,3%, niedriger Schulabschluss: 10,9% und Einkommensschwächere: 12,2%.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



Grafik 6: Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegenrechtsextremismus/mitte-studie-2023> Zick u.a. 2023, 71

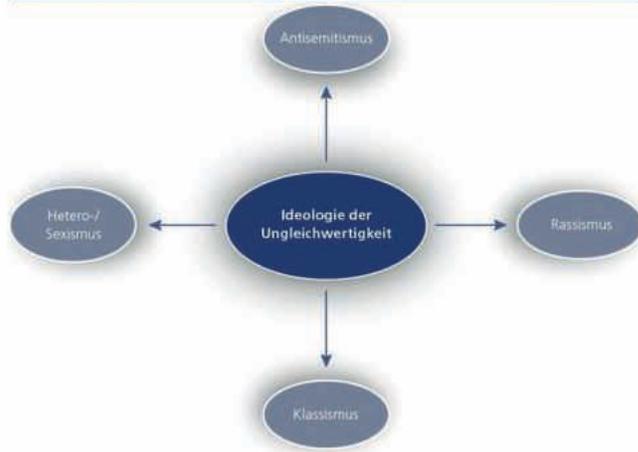
Das Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ enthält „miteinander zusammenhängende Stereotype, Vorurteile und andere Ausdrucksformen der Abwertung von bestimmten Gruppen in der Gesellschaft“ (Zick 152): Antisemitismus, Hetero-/Sexismus, Rassismus und Klassismus (s. Grafik 7).

Die Zustimmung bzw. Ablehnung zu diesen Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verteilt sich wie folgt: s. Grafik 8.

Zusammenhaltsparadox

Der Aussage „Der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet“ stimmen viele Befragte zu. Unter denjenigen, die den Zusammenhalt für gefährdet halten, ist allerdings die

Die zentralen Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2022/23 Abb. 5.1



Anmerkungen Anstelle der bisherigen Abbildung aller Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird hier ein Modell mit vier latenten Abwertungsdimensionen präsentiert, dem die Ideologie der Ungleichwertigkeit zugrunde liegt (= Fußn. 2, S. 159).

Die distanzierte Mitte © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 Satz/Grafik: Gerd Kempken (Marburg)

Grafik 7: Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> Zick u.a. 2023, 155.

Zustimmung zu Rassismus, Antisemitismus, Klassismus und Hetero-/Sexismus deutlich mehr verbreitet als unterdenjenigen, die sich mit dieser Position nicht anfreunden können. Der Zusammenhalt wird hier deutsch-national interpretiert.

Literatur:

Andreas Zick/ Beate Küpper/ Nico Mokros (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn 2023.

Die Studie, Zusammenfassungen der Studie und Schaubilder der Studie können abgerufen werden unter: <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

In der Diskussion wurden hier folgende Erklärungen angeboten:

- Untersuchungen deuten darauf hin, dass das Ausmaß der Behandlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht überschätzt wird. Die Prävention gegen rechtsextremen Einstellungen wirkt nicht so stark, wie oft angenommen wird.
- In rechtsextremen Einstellungen und Aussagen kann sich aktuell ein Rebellentum gegen Lehrkräfte am wirkungsvollsten zeigen.
- Digitale Medien nutzen vor allem Jugendlichen. Hier sind rechtsextreme Gruppen besonders erfolgreich aktiv (z.B. TikTok-Videos der AfD)

Wichtig wären aber hier weitere Jugenduntersuchungen bei 12-18jährigen.

Dass sich der Rechtsextremismus parlamentarisch in Deutschland relativ spät etablieren konnte, hängt mit dem deutschen Wohlstand (Konflikte konnten oft mit Geld beruhigt werden) und mit der seit dem Ende der sechziger Jahre intensiven Verarbeitung der Nazi-Vergangenheit zusammen.

Bei der Fragestellungen, die die Zunahme von Gewalt abbilden, ist zu beachten, dass hier Einstellungen getestet werden, nicht Aktivitäten. Insgesamt aber steigt die Billigung von Gewalt gegenüber Politikern.

Beim Thema Antisemitismus war die Zustimmung in den bisherigen Mitte-Studien eher gering (ca. 2%). In der aktuellen Studie stimmen 6% der Befragten antisemitischen Aussagen zu. Hier gibt es noch eine weitere Besonderheit, die die Ergebnisse problematisch macht: 10% der Befragten lehnen eine Beantwortung von Fragen zum Thema Antisemitismus grundsätzlich ab. Ihre Einstellung zu diesem Komplex können also nicht erhoben werden.

Zusammenfassung: Peter Herdegen, Regensburg

Diskussion

Die beiden Vorträge zum Thema „Gesellschaftliche Spaltung und Zeitenwende“ wurden auf der Tagung zusammen diskutiert. Ich greife einige Punkte aus er Diskussion heraus.

Einigermaßen überrascht hat einige Teilnehmer das Ergebnis, dass rechtsextreme Einstellungen bei jungen Leuten (18-34jährige) stärker verbreitet sind als bei älteren. Die Verharmlosung Nationalsozialismus und der Sozialdarwinismus sind hier überdurchschnittlich häufig vertreten.

Ablehnung bzw. Zustimmung zu den Aussagen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2022/23 (Urangaben in Prozent)					
	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	teils/teils	eher zu	voll und ganz zu
Ich wünsche ... =					
Rassismus (M = 2,81; SD = 1,06; n = 2.021; α = .91)					
Die meisten Flüchtlinge kommen nur Herkunf, um die Sozialsystem auszunutzen.	19,1	17,6	28,3	15,1	19,9
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	41,1	17,7	23,0	9,7	9,4
Stark und Rassie neigen zu Kriminalität.	23,6	20,1	21,9	16,9	17,5
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben.	8,6	13,8	28,9	27,4	20,2
Antisemitismus (M = 1,98; SD = 1,00; n = 1.875; α = .79)					
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches keine Lehre zu ziehen.	44,8	20,0	18,8	6,8	7,7
Dabei ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfügungen mitschuldig.	68,0	14,0	10,8	4,1	3,1
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.	40,2	20,2	24,2	10,1	5,9
Hetero-/Sexismus (M = 1,97; SD = 1,00; n = 2.022; α = .81)					
Ich finde es allem, wenn ein Mann lieber eine Frau sein will oder umgekehrt, eine Frau lieber ein Mann.	50,8	19,7	16,8	7,5	9,9
Es ist erlaubt, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	96,8	12,7	14,8	6,3	1,9
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	58,9	16,7	14,4	2,1	3,9
Bei der Gleichberechtigung geht es eigentlich darum, dass Frauen mehr Macht bekommen als Männer.	48,8	20,9	18,1	7,9	4,3
Klassismus (M = 2,50; SD = .94; n = 2.021; α = .71)					
Langpreiarbeitende machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben.	17,7	16,2	31,2	17,2	17,6
Empfänger von Sozialhilfe und Bürgergeld neigen zu Faulheit.	24,9	19,7	32,5	14,7	8,2
Arme Menschen können nicht mit Geld umgehen.	42,7	28,2	20,3	5,8	3,0
Bekanntes Obdachlose sollten aus der Fußgängerzone entfernt werden.	32,8	25,1	22,4	10,9	8,9

Anmerkungen: M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha.

Die distanzierte Mitte © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 Satz/Grafik: Gerd Kempken (Marburg)

Zick u.a. 2023: Die distanzierte Mitte; <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> Zick u.a. 2023, 160f.

Prof. Dr. Ursula Münch: Politikwissenschaftliche Perspektive: Gesellschaftliche Spaltung und Zeitenwende - Befunde und Ausblicke



Quelle: Akademie für politische Bildung; <https://www.apb-tutzing.de/presse/fotos.php>

Ursula Münch wollte zunächst klären, welche gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland für extremistische Kritik an der Demokratie besonders empfänglich sind. Sie beschrieb dazu die Merkmale des „autoritären Nationalradikalismus“ nach Wilhelm Heitmeyer:

Autoritärer Nationalradikalismus

Heitmeyer unterscheidet verschiedene Wählergruppen, die die aktuellen Wahlerfolge und die hohen Umfragewerte der AfD ermöglichen. Unter den Wählerinnen und Wählern, die durch rechtsradikale Angebote angesprochen werden, finden sich vor allem:

- autoritär geprägte Personen mit Anerkennungsverlust, z.B. Wendeverlierer.
- frühere Nichtwähler, die durch die AfD mit der „rabiatischen Emotionalisierung sozialer Probleme aus ihrer wutgetränkten Apathie“ geholt werden.
- eine Gruppe aus Gewerkschaftern, Industriearbeitern und Handwerkern, die früher möglicherweise SPD gewählt haben und sich von dieser Partei nicht mehr vertreten fühlen.
- das „Milieu roher Bürgerlichkeit“, in dem ein „Jargon der Verachtung“ gegen Fremde, sozial Schwache, Homosexuelle und andere Minderheiten gepflegt wird. (SZ 9.7.23; <https://www.sueddeutsche.de/kultur/wilhelm-heimmeyer-afd-analyse-1.6012038>)

Landtagswahlen in Bayern 2023

Dieses Grundmuster zeigt sich auch bei den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen in Bayern, bei denen vor allem die Zugewinne für die Freien Wähler (+ 4,2%) und die AfD (+4,4%) auffielen.

Wie ist dieses Ergebnis zu erklären? Weit verbreitet in der Wählerschaft und vor allem bei Wählerinnen und Wählern von FW und AfD sind Pluralitätsängste. Man fühlt sich vor allem durch die Zuwanderung

überfordert und sieht die eigene Lebensweise gefährdet. Dazu kommt das Ende des „demokratischen Kapitalismus“: Hoffnungen auf sozialen Aufstieg schwinden, dafür wird in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen immer mehr eine Spaltung in Gewinner und Verlierer wahrgenommen. Man fürchtet auf der Verliererseite zu landen.

Negative Auswirkungen auf das Vertrauen in die Demokratie hatte zudem die umfassende Politisierung in den letzten Jahren. Viele Menschen vertrauen immer weniger darauf, dass demokratische Prozesse Ergebnissen führen, die für alle akzeptabel sind. Die Legitimation durch Verfahren (Niklas Luhmann) wird beeinträchtigt, eine partielle „Unkontroversität“ des Politischen ist nicht mehr gegeben.

Zunehmende Unzufriedenheit mit der Politik

Insgesamt nimmt die Unzufriedenheit mit der Politik zu. Dies hat viele Ursachen.

- Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen die Schnelligkeit der Transformation und die Langsamkeit des politischen Prozesses als Widerspruch wahr. Die Möglichkeiten der Politik, Probleme zu lösen, werden skeptisch beurteilt.
- Volksparteien sind ausgerichtet auf eine bessere Zukunft, in der es immer mehr zu verteilen gibt. Sie haben Probleme mit der Verwaltung des Mangels und Zumutungen für Bürgerinnen und Bürger umzugehen.
- Viele Bürgerinnen und Bürger befürchten für sich persönlich Wohlstandsverluste.
- Einige Gruppen ärgern sich über die angebliche Besserstellung anderer sozialer Gruppen, v.a. von Flüchtlingen. Sie sind unzufrieden mit der derzeitigen politischen Schwerpunktsetzung (Ukraine, Flüchtlinge, Klima).
- Einige Bürgerinnen und Bürger sind besorgt, dass sich Konflikte zuspitzen, die nach Deutschland importiert worden sind.
- Krisenzeiten und Unsicherheiten mobilisieren Bedrohungsgefühle, diese fördern das Gefühl von Kontrollverlust. Außerdem führen Krisen häufig zu Enttäuschungen. Das Vertrauen in bestehende politische Strukturen schwindet. Einfache Lösungen extremer Gruppen werden eher akzeptiert.

Dazu kommt noch die nachlassende Bindung ge-

sellschaftlicher und intermediärer Organisationen, die zwischen politischen Akteuren und Bevölkerung vermitteln. Parteien, aber auch Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und Verbände verlieren Mitglieder und können immer weniger dazu beitragen, das politische System und seine Entscheidungen zu legitimieren. Zur Verschärfung der Situation trägt auch bei, dass Identitätsfragen immer wichtiger werden. Dazu kommt, dass die Manipulationsmöglichkeiten durch die digitalen Medien enorm vermehrt werden und diese Möglichkeiten auch genutzt werden.

Ein demokratiethoretischer Deutungsversuch



Unterrichtsmaterialien der Bundeszentrale für Politische Bildung, abrufbar unter: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_tiu_demokratie_auf15_2020_ausf%C3%BCllbar.pdf

Den Politikwissenschaftler Veith Selk führt dies dazu, die These aufzustellen, dass nur mehr Insider die Grundzüge des politischen Systems und der Politik verstehen. Normalbürgern ist die entstandene „komplexe Governance“ unverständlich. Dies gefährdet die Grundlagen der Demokratie. <https://>

www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Selk_Thesen_Ent_Demokratisierung.pdf

Wahlen 2024

Dieser pessimistischen Position Selks schloss sich die Referentin nicht an. Dennoch fiel ihr Ausblick auf die Wahlen 2024 nicht gerade optimistisch aus. Gewählt werden 2024 das Europaparlament sowie die Landtage in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Kommunalwahlen finden in den Bundesländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt statt. Viele Wählerinnen und Wähler verstehen die Europäische Union als Angelegenheit einer kosmopolitischen Elite. In allen Wahlen werden sich populistische Politikunternehmer sich als Anti-Establishment-Kämpfer verkaufen, die als Protest gegen „etablierte“ Parteien und Politiker genutzt werden können.

Gegenstrategien

Welche Gegenstrategien gibt es?

- Demokratische Parteien sollten wieder stärker Inhalte, Strukturen und Prozesse in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.
- Es ist keine Lösung, immer neue Beteiligungen zu erfinden (z.B. Bürgerräte <https://www.bundestag.de/buergerraete>), dafür sollten die intermediären Prozesse gestärkt werden. Hindernisse, die Bürgerinnen und Bürger davon abhalten, sich in intermediären Organisationen zu beteiligen, müssen abgebaut werden, Mitwirkungsrechte in diesen Organisationen müssen gestärkt werden (Beteiligung in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen usw.).
- Wertekonflikte sollten in politische Konflikte überführt werden. Dabei können klar unterscheidbare politische Angebote, eine klare Differenzierung zwischen rechts und links, den Bürgerinnen und Bürgern helfen, sich in politischen Debatten zurechtzufinden.
- In der politischen Bildung und durch die Politik selbst muss deutlich gemacht werden, dass Demokratie immer Konflikt bedeutet, dass sie nur durch Konflikte lebendig bleiben kann, weil offen ausgetragene Konflikte ein wichtiger Bestandteil von Freiheit sind.
- Eine Aufgabe der politischen Bildung, die immer wichtiger wird, ist die Immunisierung gegen Lügen, die vor allem durch Teile der digitalen Medien verbreitet werden.

Zusammenfassung: Peter **Herdegen**, Regensburg

2. Gesellschaftliche Konfliktfelder

Philipp Sälhoff: Deutschland Ost und Deutschland West: Ein zusammenwachsendes Land?



Philipp Sälhoff (Quelle: <https://www.polisphere.eu/de/team/>)

Der aus Berlin zugeschaltete Referent Philipp Sälhoff ist Geschäftsführer des Beratungsnetzwerks „polisphere“, das sich selbst als „Ideenlabor und Navigator für den modernen Politikbetrieb“ bezeichnet. Er wurde noch vor der Wende

in der Region Usedom geboren und studierte u.a. politische Kommunikation an der Leuphana Universität Lüneburg. Mitgebracht hatte er frische Eindrücke von der tags vorher stattgefundenen „Ostkonzferenz“ in Leipzig.

Eingangs erinnerte der Referent an den phasenweise starken Abwanderungsprozess in westliche Regionen. Erst in der Gegenwart sei der Netto-Zuzug in den Osten etwas höher. Diese Entwicklung habe sich in die Wahrnehmung und Lebensrealität Teilen der Bevölkerung schmerzvoll eingebrannt und bestimme noch bei vielen die „Seelenlage“. Philipp Sälhoff vertiefte anschließend diese Aspekte:

Sozioökonomische Lage

Die Daten zur Lohndifferenz, zu Vermögensunterschieden, zur Erbschaftsdifferenz, zu Gleichstellungsunterschieden zeigen nach über 30 Jahren Vereinigung teilweise deutliche, teilweise auch sich verringende Unterschiede. Eindrucksvoll gibt der Elitenmonitor die Situation in den Führungsetagen wieder: Vor allem in Wirtschaft, Justiz und Verwaltung bliebe bei vielen Menschen bis heute der Eindruck, „wir können uns nicht mal selber verwalten“. Aber auch in Politik und Medien besetzen Westdeutsche überproportional Schlüsselpositionen. Eine der Ursachen mag auch in den in West und Ost unterschiedlichen Studienanfängerquoten liegen.

Politische Lage

Die AfD habe sich in vielen Regionen zur „Volks-

partei“ entwickelt. Allerdings zeigten die jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen, dass sich manche Entwicklung nicht auf den Osten beschränken lasse. Die Gründung einer neuen Partei auf Initiative von Sahra Wagenknecht sei, so der Referent, in ihren Auswirkungen für die Regierungsbildungen nach den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg nicht abzuschätzen, dazu seien die Umfragedaten noch zu wenig aussagekräftig. Zur Besorgnis Anlass gibt die jüngste Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung. Demnach sind im Westen 53% mit der Demokratie zufrieden, im Osten sind es gerade nochmal 34%.

Zusammenfassende Thesen zum Stand der Deutschen Einheit im Überblick

Fortdauernde Repräsentationsdefizite

Führungsfunktionen in DAX-Unternehmen, Regierungsstellen, Redaktionen, Parteien sind nach wie vor west-überrepräsentiert. Die Folge: Entfremdung vom politischen und wirtschaftlichen System mit Folgen für das Wahlverhalten.

Osten mit geringer Relevanz im bundesdeutschen Diskurs

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit wird „der Osten“ häufig nur unter AfD-/Extremismus-/Demo-Aspekten behandelt, ein Indiz für den fehlenden gemeinsamen Diskurs sei die Ostausgabe der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, die es dann halt nur für den Osten gebe. Im bundesdeutschen Diskurs entstehe ein Zerrbild vom „Osten“, ggf. mit Ressentiments und anderen wenig „einheitsfördernden“ Auswirkungen.

Die Nachwende-Generation

Die Ost-Generation 30+ hat keine ausgeprägte Ost-/Ex-DDR-Identität, trotzdem gibt es für sie unterschiedliche Startvoraussetzungen im Vergleich zur West-Generation. Es geht nicht so sehr – wie bei der Elterngeneration – um Wertschätzung für die Lebensleistung, sondern um Fragen der Chancengleichheit in einer Transformationsgesellschaft.

Bleibender Eindruck vom „Ausverkauf“

Wirtschaftlich-materielle Strukturen und Ressourcen wurden in das gesamtdeutsche System integriert, Treuhand und „Glücksritter“ aus dem Westen gelten bis heute als Akteure einer als Wiedervereinigung deklarierten „Übernahme“.

Der Systemwechsel „über Nacht“:

Im Unterschied zu schleichenden Prozessen der Deindustrialisierung im Westen, z. B. im Ruhrgebiet, vollzog sich der Systemwechsel im Osten praktisch „über Nacht“. Es bleibt bei einem Konkurrenzkampf um Aufmerksamkeit und Subventionen zwischen strukturschwachen Gebieten in Ost und West..

Dennoch gebe es auch positive Aspekte

Bundesdeutsche Politiker sprechen öfter vom Osten als Zukunftsregion, Unternehmensansiedlungen und mehrere teils umstrittene Mega-Investitionen sollen diese Entwicklung stärken. Belegbar sei bei allen Unterschieden bei der Chancengleichheit eine allmähliche Annäherung der Lebensqualität. Zweitens lasse der Generationeneffekt darauf hoffen, dass sich manche Ungleichheiten und Defizite im Lauf

der Zeit ausgleichen bzw. verringern werden, sowohl materiell als auch bei Einstellungen. Ferner werde der Gesellschaft im Osten eine höhere Transformationskompetenz zugesprochen, da viele Menschen schon Brüche in ihrer Biographie und in der Wirtschaft bewältigen mussten und bewältigt haben.

In der sich anschließenden lebhaften Aussprache wurden diese Fragen z.T. kontrovers diskutiert: Wie stark wirkt das Erbe des wirtschaftlichen und politischen Systems der DDR noch nach? Warum kann gerade für junge Leute kaum Chancengleichheit hergestellt werden, sei es beim Studium oder bei der Gründung von Unternehmen? Wie steht es um den Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen, der für die ländliche Bevölkerung im Osten kaum zu finanzieren ist? Inwieweit war und ist neben den politischen und wirtschaftlichen Versäumnissen auch eine westliche „Hybris“ ursächlich für die Gefühlswelt vieler Ostdeutscher. Wie fällt der Vergleich mit osteuropäischen Staaten aus? Warum wirken romantisierende DDR-Prägungen generationenübergreifend? Nicht jede der Fragen konnte erschöpfend geklärt werden. Zutreffend war natürlich das Fazit des Referenten im Telegrammstil: Ein zusammenwachsendes Land? Ja, aber ...

Zusammenfassung: Friedrich Wölfl, Pechbrunn

Prof. Dr. Stefan Rappenglück: Deutschland als Migrationsgesellschaft

Sowohl die Größe der Bevölkerung in Deutschland als auch ihre Altersstruktur werden inzwischen wesentlich von Zuwanderung geprägt. In der Konsequenz verschiedener Migrationsbewegungen hat Deutschland zu allen EU-Staaten einen positiven Wanderungssaldo und ist inzwischen Einwanderungsland Nummer Eins in Europa.

Ab 2014 beginnt die intensive Fluchtmigration nach Deutschland (Syrien, Afghanistan) die 2018 zu einer Zuwanderung von fast 1, 2 Mill. nach Deutschland und einem positiven Wanderungssaldo von 521 000 Menschen führt. Seit 2022 kommt die Fluchtmigration aus der Ukraine hinzu. Als Ergebnis verzeichnet Deutschland allein mit fast 1,5 Millionen Geflüchteten die höchste Net-



Prof. Dr. Stefan Rappenglück;

Foto: privat

tozuwanderung seit 1950.

Deutschland ist jährlich auf eine Netto-Einwanderung von 400.000 Personen angewiesen. Laut Prognosen des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung werden in den kommenden 10 Jahren voraussichtlich 7,2 Millionen Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Am stärksten von Fachkräftemangel betroffene Branchen sind: Gesundheitsbranche, Elektro, Montage, IT. Daher wurde auch zur Anwerbung von Fachkräften 2020 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz eingeführt.

EU-Bürger wandern v.a. aufgrund der Arbeit oder zum Zwecke des Studiums oder sonstigen Ausbildungszwecke ein. Dies gilt prinzipiell auch für die Einwanderung bei sog. „Drittstaatlern“, zusätzlich

kommt noch die Familienzusammenführung hinzu.

Struktur Migrationsgesellschaft

Ende des Jahres 2021 hatten nach Daten des Statistischen Bundesamtes von den fast 83,2 Millionen Menschen in Deutschland lebenden Menschen 27,2 % einen Migrationshintergrund (22,3 Millionen Menschen), Tendenz steigend. Mehr als 90 % der Personen mit Migrationshintergrund leben in Westdeutschland und Berlin, mehr als jede vierte Person mit Migrationshintergrund lebte dabei in Nordrhein-Westfalen (26,4%), jeweils etwa jede Sechste in Baden-Württemberg und Bayern (17,6 bzw. 15,9 %). In Ostdeutschland liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung zwischen 8,3 % (Sachsen-Anhalt) und 9,6 % (Brandenburg). Zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund, die 2021 in Deutschland lebten, haben einen europäischen Migrationshintergrund (13,9 Mio. Menschen, davon 7,5 Mio. aus der EU), der Frauenanteil beträgt 46 %. Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bilden mit 12,3 % (2,7 Mio.) die größte einzelne ethnische Gruppe in Deutschland, gefolgt von Menschen mit polnischem Migrationshintergrund (9,8% bzw. 2,2 Mio. Menschen), 870.997, Syrien (7,3%) 867.583, Rumänien (7,1 %) 844.535 und Italien (5,5%) 646.844. Diese stellen allein mit fast 4,7 Mill. Menschen knapp 41 % der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. 22,7 % (5,1 Mil. Menschen) verfügen über einen Migrationshintergrund aus Asien. 52,7 % der Personen mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft (11,8 Mill. Tendenz steigend), 47,3 % eine ausländische Staatsbürgerschaft (10,6 Mill.). Die Bevölkerung mit M. ist wesentlich jünger und die Familien sind im Durchschnitt größer, daher wird sich mittelfristig der Anteil von MigrantInnen weiterhin erhöhen.

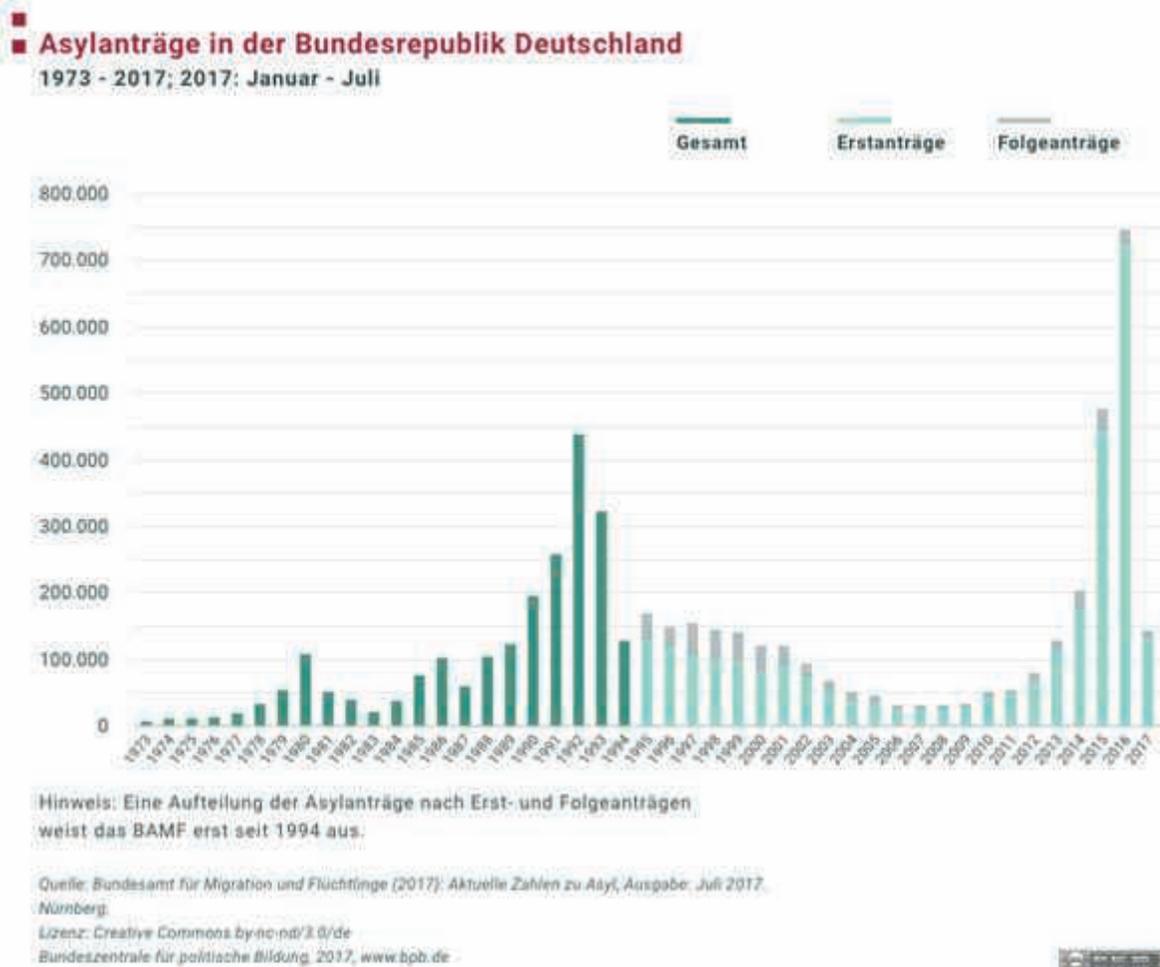
Fokus Arbeitsmarkt

Der Anteil ausländischer Beschäftigter steigt seit Jahren: 2021 lag er bei 13,4 % - doppelt so viel wie 2010. Die meisten ausländischen Beschäftigten in Deutschland haben eine türkische Staatsbürgerschaft, gefolgt von den Beschäftigten aus Polen. Besonders stark stieg in den letzten Jahren die Zahl der Beschäftigten aus Rumänien und Bulgarien. Die Arbeitsmigration aus Drittstaaten wird immer wichtiger, seit die Zuwanderung aus der EU zurückgeht. 90 % der neu eingewanderten sind im erwerbsfähigen Alter (16-64 Jahren), daher kann zukünftig von einer hohen Anzahl von Erwerbstätigen ausgegangen

werden. Ebenso steigt seit Jahren die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Beschäftigten (Gegenwärtig 10,5 Mio. Erwerbstätige von insgesamt 33,8 Millionen Beschäftigten) aufgrund der Zunahme an der Gesamtbevölkerung und besseren Zugang zum Arbeitsmarkt. Die überwiegende Mehrheit geht einer bezahlten Tätigkeit nach: Die Erwerbstätigenquote für 2021 aus dem Mikrozensus liegt bei 67,2 % bei Menschen mit Migrationshintergrund (zum Vergleich Deutsche ohne Migrationshintergrund: 78,9 %). Eindeutige Statistiken zur Arbeitslosigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund gibt es nicht, da sie nicht gesondert in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden. Es gibt aber Hinweise darauf, dass sie häufiger arbeitslos sind. Hinweise bieten die Arbeitslosenquoten. Für die Arbeitslosenquoten wird gezählt, wer bei der Bundesagentur für Arbeit als „arbeitslos“ gemeldet ist. Erfasst werden aber ausländische StaatsbürgerInnen in Deutschland (ca. 50 % der Menschen mit Migrationshintergrund). Im Januar 2022 betrug die Arbeitslosenquote insgesamt 6,3 %, bei der Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft jedoch 13,1 %. Menschen mit Migrationshintergrund haben ein höheres Risiko, in Armut zu leben. Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2019 bei 27,8 % bei Menschen mit Migrationshintergrund und bei 11,7 % bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Ein höheres Armutsrisiko haben Menschen zum Beispiel, weil sie noch nicht so lange in Deutschland leben, wenig Deutschkenntnisse haben oder aus „Gastarbeiterländern“ oder von außerhalb der EU kommen. Ein weiterer möglicher Grund ist, dass sie Diskriminierung am Arbeitsmarkt erleben.

Die Zahl der „MigrantInnen-Unternehmen“ wächst. Prominente Beispiele sind das Biotechnologie-Unternehmen „Biontech“. Im Jahr 2021 gab es 703.000 Selbstständige mit Migrationshintergrund in Deutschland – etwa 7 % mehr als 2011. Innerhalb dieser zehn Jahre wuchs ihr Anteil von rund 15 auf 20 % aller Selbstständigen. Etwa 47 % (332.000) sind selbst ArbeitgeberInnen mit weiteren Beschäftigten. Verschiedenen Schätzungen zufolge stellen sie über zwei Millionen Arbeitsplätze.

Mehr als jede dritte Reinigungskraft hat eine nicht-deutsche Staatsbürgerschaft. Auf Baustellen sind es ähnlich viele. Auch bei LKW-Transporten, Paketzustelldiensten oder in der Altenpflege – ohne Zuwanderung würde in vielen Branchen kaum noch etwas funktionieren. Je größer die Engpässe in verschiedenen Branchen werden und der demographische Wandel zum Tragen kommt, desto wichtiger wird die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften. In einigen Berufen sind ausländische Beschäftigte die



Mehrheit, z.B. bei KöchInnen. Kaum ausländische Beschäftigte findet man hingegen in der Justiz oder bei Notaren.

In der Leiharbeitsbranche stieg der Anteil ausländischer Beschäftigter in den letzten Jahren: Mehr als jede/r dritte Beschäftigte in der Leiharbeit hatte 2019 einen ausländischen Pass (37 %). In den Jahren von 2000 bis 2012 lag ihr Anteil noch bei durchschnittlich 17,4 %. Der Anstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass viele Geflüchtete, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, in der Branche arbeiten. Für sie bietet Zeitarbeit offenbar einen Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt.

Blaue Karte

Die „Blaue Karte EU“ ist ein Aufenthaltstitel, der es Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Staaten („Drittstaaten“) erlaubt, in einem EU-Staat zu arbeiten. 2021 gingen die meisten Blauen Karten an Staatsangehörige aus Indien (rund 28 %), der Türkei (7 %), China (rund 6 % der Russischen Föderation und dem Iran (jeweils rund 5 %). Die Karte wird nur an Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium erteilt und einem Arbeitsvertrag oder einem verbindliches Arbeitsplatzangebot mit einem bestimmten Mindest-

gehalt (derzeit: Jahresgehalt von 58.400 Euro). Für ÄrztInnen, IngenieurInnen, ArchitektInnen, MathematikerInnen oder IT-Fachkräfte und NaturwissenschaftlerInnen: Mindestgehalt bei rund 45.500 Euro – weil in diesen Branchen besonders viele Stellen unbesetzt sind.

2021 lebten etwa 127.000 Menschen in Deutschland, die eine Blaue Karte hatten. Etwa die Hälfte von ihnen hatten aktuell eine auf maximal 4 Jahre befristete (rund 70.000), der Rest inzwischen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Zwei Drittel der BesitzerInnen eine Blauen Karte waren in MINT-Berufen tätig, etwa ein Fünftel als ÄrztInnen.

Anerkennung von Abschlüssen

Es gibt viele Berufe, in denen ausländische Arbeitskräfte unmittelbar bei Unternehmen arbeiten können (z. B. KFZ-Mechatronik oder im Einzelhandel). Für einige Berufe (z.B. Ärztinnen und Ärzte oder Lehrkräfte) wird aber zuerst eine Anerkennung der jeweiligen Abschlüsse gefordert. Hierbei gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten/Anerkennungsgesetze auf der Bundesebene: (z.B. Ärztinnen und Ärzte oder Pflegekräfte) und der Länderebene (z.B. Erzieherinnen und Erziehern oder in Ingenieurberufen).

Im Jahr 2020 erfolgten Zwei Drittel der Anerkennungen (44.800) bei den Gesundheitsberufen (29.900), vor allem für Pflegekräfte. Vergleichsweise wenige Anerkennungen gab es bei Lehrerinnen und Lehrern (2.100). Die Personen kamen zu etwa je einem Drittel aus der EU, aus den übrigen europäischen Ländern sowie aus Ländern außerhalb Europas - Am häufigsten aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Syrien.

Fluchtmigration

Migration wird seit knapp 1 Jahrzehnt vor allem aus dem Blickwinkel der Fluchtmigration wahrgenommen, zuerst ab 2015 mit der Flucht von Menschen aus dem Nahen Osten und zusätzlich seit 2022 durch die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Das Recht auf Asyl ist im Artikel 16 GG mit einklagbarem Rechtsanspruch verankert: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“.

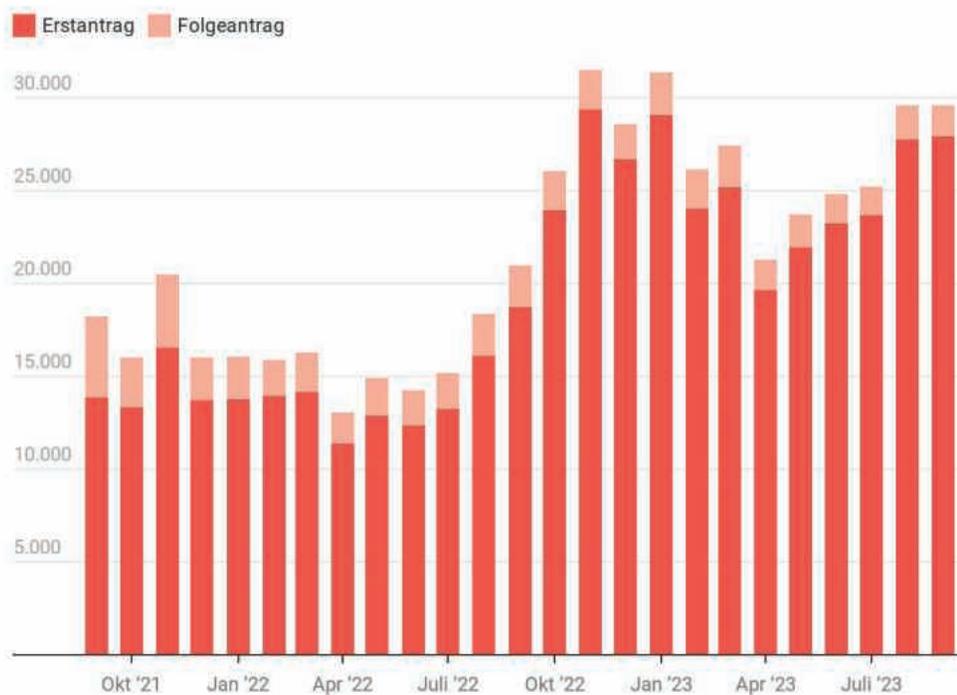
Da durch den Jugoslawienkrieg ab 1992 die Asylbewerberzahl erheblich anstieg, wurde der Schutzanspruch durch die Einführung des Begriffs des sog. „sicheren Herkunftsstaates“ eingeschränkt. Dem Begriff liegt die Annahme zugrunde, dass aufgrund politischer Verhältnisse in den Staaten es keine politische Verfolgung noch unmenschliche Behandlung gibt und damit keine seriöse politische Begründung für Asylantrag möglich ist. In Deutschland gelten folgende Länder als sichere Herkunftsstaaten: (Staaten der EU), Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal, Serbien. Erst kürzlich hat der Bundestag Georgien, Moldawien als sichere Herkunftsländer bestimmt. Ange-dacht sind zudem alle Maghreb-Staaten.

Flüchtlinge können sich in Deutschland aufgrund verschiedener Regelungen in Deutschland aufhalten. Die wichtigste internationale Vereinbarung zum Schutz von Flüchtlingen ist das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (1951- Genfer

Flüchtlingskonvention. Dieses enthält im Artikel 33 das Verbot, Flüchtlinge auf irgendeine Weise über Grenzen von Gebieten auszuweisen oder zurückzuweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit... oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde“. Der subsidiäre Schutz („behelfsmäßi-

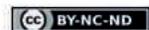
■ Asylanträge in Deutschland

Erst- und Folgeanträge auf Asyl in Deutschland, monatlich, in absoluten Zahlen.



Stand: Oktober 2023

Grafik: bpb • Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



ger Schutz“) gilt dann, wenn das individuelle Asylrecht nicht greift, aber trotzdem Gefahr für Freiheit, Leib oder Leben wie Folter oder Todesstrafe drohen (z.B. Bürgerkrieg). Der subsidiäre Schutz beinhaltet keinen Aufenthaltstitel, sondern nur ein Abschiebeverbot.

Wenn ein abgelehnter Asylbewerber nicht abgeschoben werden kann, erhält er eine sog. „Duldung“ (Gründe: z.B. Fehlende Reisedokumente, Krankheit). Duldung ist kein Aufenthaltstitel und räumlich beschränkt. Duldungen sollen nur kurze Zeit dauern - die Praxis ist jedoch anders.

Die Gesamtzugänge beliefen sich zwischen 1953-2022 auf 6,5 Mio. Anträge, davon von 1953 - 1989: rd. 0,9 Mio. (14,4 %) von 1990 - 2022: rd. 5,6 Mio. (85,6 %).

Während im ersten Jahr des Bestehens des Bundesamtes (1953): 1.906 Anträge angenommen wor-

den sind, war der erste große Höhepunkt 1992 mit 438.191 (Krieg auf den Balkan). Bisher am meisten Anträge in einem Jahr wurde 2016 gestellt: 745.545, danach fiel die Anzahl der Antragsstellenden kontinuierlich: im Corona-Jahr 2020 waren es 122.170. Seit 2021 steigen die Zahlen wieder kontinuierlich, 2022 waren es bereits wieder 244.132 Asylanträge. Ebenfalls steigt erneut die Migration über den Mittelmeerraum.

Von Januar bis Oktober 2023 wurden insgesamt 286.638 Asylanträge gestellt (+57,8% gegenüber dem Vorjahr) -allein im Oktober: 33.513 Anträge, (vgl. 2016). Am stärksten vertretene Staatsangehörigkeiten: Syrien, 83.336 Anträge (31,2%, seit 2015 immer auf Rang 1 (+66,1 %), Türkei (steigend) 45.086, 16,9 % (+200 %), Afghanistan 43.958, 16,4 % (+65,9%). Fast Zweidrittel aller Erstanträge entfallen auf diese drei Staatsangehörigkeiten. Zum Vergleich: Georgien 2,9%, Somalia 1,6 % Eritrea 1,4%.

Alter, Geschlecht, Verteilung

Januar-Oktober 2023: 72,1 % der antragstellenden Personen sind jünger als 30 Jahre- 31,5 % sind minderjährig. Größte Einzelgruppe: von 18 bis unter 25 Jahren: 66.837 (25,5%) kleinste Gruppe: 65 Jahre und älter 1.426 (0,5%), 71,7 % sind männlich, 28,2 % weiblich. Im bisherigen Berichtsjahr 2023 waren 19.506 der Asylerstantragstellenden (7,3% in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter einem Jahr (Verringerung gegenüber 2022). Im erwerbsfähigen Alter sind ca. 60 % aller Antragsstellenden. Die Antragsstellenden verteilen sich vor allem in NRW (20,3%- 54.226), Bayern (15%- 40.145 und Baden-Württemberg (12,5%- 33.413), Schluslicht bildet Bremen (2.550- 1,0 %).

Entscheidungen und Entscheidungsquoten

Insgesamt wurden 2023 Entscheidungen über 216.603 Erst- und Folgeanträge (+13,6%) gefällt: Syrien 83.336 Entscheidungen (Gesamtschutzquote: 87%), Afghanistan 39.039 Entscheidungen, (Gesamtschutzquote: 76,8%) Türkei 19.021 (Gesamtschutzquote: 14 %). Die Gesamtschutzquote 2023 (bis Oktober) für alle Staatsangehörigkeiten liegt bei 51,9 % -gegenüber (2022 leicht sinkend. Die Gesamtverfahrensdauer betrug durchschnittlich 6,7 Monate.

Blick auf die EU

Innerhalb der EU gilt aktuell das Dublin-Verfahren/

Verordnung (Dublin III) vom 1.1.2014. Es wurde in der Erstfassung bereits 1990 unterschrieben und legt fest, dass der Staat der EU, in der erstmals ein Flüchtling Boden der EU betritt, auch zuständig für das Verfahren und die Unterbringung der Geflüchteten zuständig ist. Das Abkommen funktioniert jedoch nicht mehr wirklich und Geflüchtete versuchen v.a. nach Deutschland zu kommen.

AsylbewerberInnen werden vor allem durch Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien aufgenommen, die wenigsten Geflüchteten befinden sich in Ungarn oder den baltischen Staaten.

Fluchtmigration aus der Ukraine 2022/2023

Der UNHCR hat rund 15 Millionen Grenzübergewerungen aus der Ukraine registriert. 6,5 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. Gegenwärtig leben mehr als 4 Millionen Menschen aus der Ukraine mittlerweile in Staaten der EU als Flüchtlinge- die meisten in Polen und in Deutschland.

Zum Schutz der Flüchtlinge aus der Ukraine beschlossen die Mitgliedstaaten am 3. März 2022 die sog. „Massenzustrom“-Richtlinie der EU erstmals zu aktivieren. Kriegsflüchtlingen erhalten einen vorübergehenden Schutz in der EU und müssen kein Asylverfahren durchlaufen. In dieser Zeit können Schutzsuchende sich ohne Visum in den europäischen Mitgliedsstaaten bewegen. Für ukrainische Staatsangehörige gilt der Schutz für ein Jahr. Danach kann dieser jeweils halbjährig verlängert werden. Der Schutz wurde erste Ende September 2023 durch den Rat bis zum 4.3.2025 verlängert. Sie erhalten Arbeitserlaubnis, medizinische Versorgung und Bildung für Minderjährige und den direkten Zugang zu Sozialleistungen (Bürgergeld).

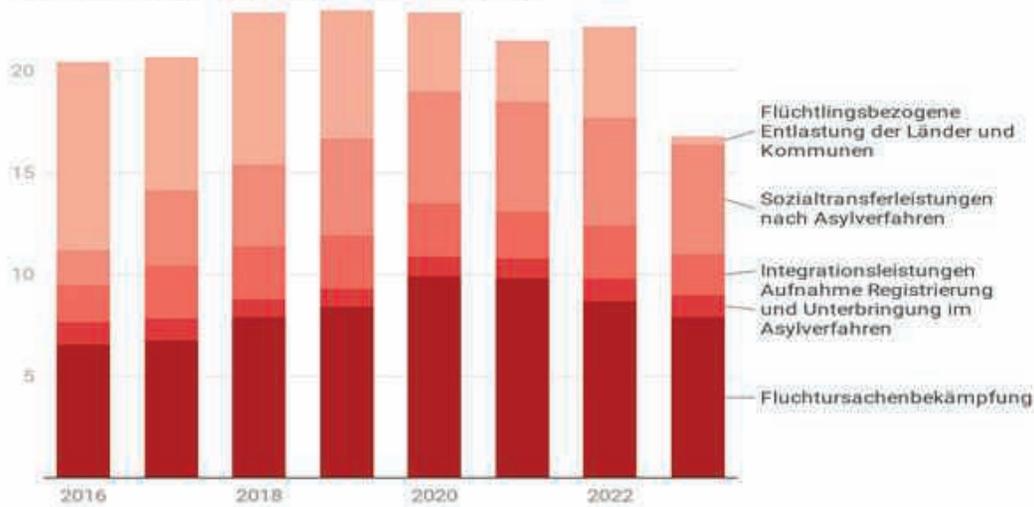
Nach unterschiedlichen Schätzungen ist davon auszugehen, dass sich mittlerweile rund 2 Millionen Schutzsuchende und ca. 1 Million Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland (Stand: 30. Juni 2023) aufhalten.

Zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern hat sich in den letzten Monaten der Streit über die Asylpolitik verschärft. Hintergrund sind zu einem die hohe Anzahl von Geflüchteten in Deutschland und die damit verbundenen finanziellen Belastungen. Denn der Bund ist für die Anerkennung von Flüchtlingen zuständig, die Bundesländer bzw. Kommunen jedoch allein für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden.

Die Bundesländer können Geld- und Sachleistungen zur Existenzsicherung der Geflüchteten auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetz leisten

■ Flüchtlingsbezogene Ausgaben im Bundeshaushalt

Angaben nach den Finanzplänen der Bundesregierung für die Jahre 2016 bis 2023, gerundet in Milliarden Euro.



Für die Jahre 2022 (Soll) und 2023 (Entwurf) nur vorläufige Angaben aus der Finanzplanung 2022 bis 2026.

Grafik: bpb • Quelle: Bundesfinanzministerium: Finanzpläne des Bundes



(Wertgutscheine oder Lebensmittel- und Hygiene Pakete, Geldleistungen/Sachleistungen). Der Bund entlastet jedoch Länder und Kommunen.

Im Jahr 2021 leistete der Bund rund 21,6 Milliarden Euro an flüchtlingsbezogenen Ausgaben (Stand: Mai 2023), entspricht 3,9 % der Gesamtkosten im Bundeshaushalt (556,6 Mrd. Euro). Der größte Teil entfiel wie in den Vorjahren auf die Bekämpfung von Fluchtursachen (9,8 Mrd. Euro), gefolgt von Sozialtransferleistungen nach Asylverfahren (5,4 Mrd. Euro), Zahlungen zur Entlastung der Bundesländer und Kommunen (3,0 Mrd. Euro), Integrationsleistungen (2,3 Mrd. Euro) sowie die Aufnahme, Registrierung und Unterbringung von Menschen im Asylverfahren (1,0 Mrd. Euro). 2023 sind für asylbezogene Kosten rund 16,9 Milliarden Euro eingeplant. Ende 2021 bezogen ca. 399.000 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (2015 Höchststand: 975.000 Personen). Nicht berücksichtigt sind dabei Kosten und Ausgaben, die allein von den Bundesländern getragen werden, die für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden zuständig sind.

Aufgrund massiver Proteste der Bundesländer und vor dem Hintergrund der Finanznot der Kommunen verständigte sich der Bund und die Länder bei ihrem Treffen am 6.11.23 auf die Umstellung des bisherigen Finanzierungssystems. Demnach erhalten die Län-

der eine „Kopfpauschale“ pro Flüchtling in Höhe von 7500 Euro und den längeren Bezug von Leistungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetz für Asylbegehrende.

Vielfältige Herausforderungen

Die Migrationsgesellschaft steht vor vielfältigen Herausforderungen. Im Bildungssektor müssen fast 900 000 geflüchtete

junge Menschen integriert werden. Trotz vieler Maßnahmen zeigen aktuelle Studien, dass nach wie vor junge Menschen mit Migrationshintergründen über schlechtere Bildungsabschlüsse verfügen.

Im Bereich des Arbeitsmarktes muss die Ausbeutung zahlreicher Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten und die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit abgebaut werden.

Eine große Herausforderung stellt zudem der oft fehlende Wohnraum für Menschen mit Migrationshintergrund dar.

Im Bereich der Fluchtmigration werden weltweite Flüchtlingsbewegungen weiter zunehmen. Nach wie vor ist die EU von Krisenregionen umringt, z.B. Naher Osten, aber auch Instabilität in Nordafrika (aktuell Tunesien) kommen wieder mehr Flüchtlinge über Mittelmeerraum.

Die Flüchtlingspolitik polarisiert, zunehmend zeigt sich eine Zerrissenheit der Gesellschaft. Kommunen sind überfordert. Unter den Geflüchteten gibt es die Wahrnehmung 1. und 2. Klasse von Geflüchteten.

Es wird eine tatkräftige Abschiebung gefordert, zugleich wird jedoch eine hohe Zahl von Geflüchteten in Deutschland bleiben.

Die hohe Zahl von Geflüchteten in der EU wird auch maßgeblich das Ergebnis der Wahlen zum EP-Parlament 2024 prägen.

Verständigungsprobleme? Medialer Diskurs zwischen Aktivismus und Beharrungskräften



Meredith Haaf: „Die Härte der Auseinandersetzung hat während der Pandemie zugenommen.“ (Quelle: CC BY-SA 4.0)

Über Verständigungsprobleme im medialen Diskurs zwischen Aktivismus und Beharrung diskutierten Meredith Haaf, stellvertretende Leiterin des Meinungsressorts der Süddeutschen Zeitung, und Markus Lohmüller, Ressortleiter Politik beim Straubinger Tagblatt und der Landshuter Zeitung. Moderiert wurde das Gespräch von der

Leiterin der Europäischen Akademie Bayern, Birgit Boeser.

Den Befund, große Teile der Gesellschaft würden nicht mehr miteinander ins Gespräch kommen, hält die Journalistin und Buchautorin Haaf empirisch für nicht haltbar: „Im Gegenteil: Es gibt immer noch eine breite Mitte der Gesellschaft zwischen den Extremen auf der linken und der rechten Seite des politischen Spektrums“, sagte sie auf der Verbandstagung in der Georg von Vollmar-Akademie in Kochel am See. Beim Thema Klimakrise allerdings sieht sie auch Verständigungs- und Kommunikationsprobleme. Da stünden sich Aktivisten auf der einen Seite und diejenigen, die Angst vor Veränderungen haben, auf der anderen zum Teil unversöhnlich gegenüber: „Die Milieus werden geschlossener“, sagte Haaf. Einerseits gebe es Aversionen gegen Konflikte, andererseits würde sehr viel gestritten und kontrovers diskutiert. „Die Medien“ würden nicht differenziert wahrgenommen, sondern als einheitlicher, monolithischer Komplex, der staatsnah agiere. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Journalisten in den klassischen Medien Zeitung und öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen nicht mehr die einzigen Diskursträger sind.“

Breiteres Quellenspektrum

Auch Markus Lohmüller stellte fest, dass sich die Rolle der Journalisten und Medien verändert hat: „Wir verschwinden aus der Mitte des Diskurses. Die Zahl der Quellen hat sich vervielfacht, das Spektrum ist breiter geworden. Aktivisten liegen mit Hilfe der sozialen Medien bei der Deutungshoheit gesellschaftlicher

Realität häufig vorn.“ „Die Medien“ gebe es ja ohnehin nicht. Er sieht sich als Vertreter einer Lokal- und Regionalzeitung, die vor Ort vertreten ist: „Wir sind identifizierbar. Unser Vorteil ist die Glaubwürdigkeit.“

Meredith Haaf zieht als Konsequenz aus diesen Veränderungen, dass der Kontakt mit der Leserschaft dringend und zwingend ist: „Wir müssen Transparenz schaffen und unsere Arbeit mehr erklären.“ Die Süddeutsche Zeitung tue auf dem Gebiet sehr viel, zum Beispiel mit der „Nacht der Autoren“ auf verschiedenen Podien in München, bei der die Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis ihrer Arbeit berichten: „Die Veranstaltungen sind bereits Wochen vorher ausverkauft“, sagte Haaf. Es gebe beim Publikum einen großen Bedarf nach diesen Gesprächen. Sie selbst pflege diese Transparenz bei der Beantwortung von Zuschriften – egal ob klassisch als Brief oder digital: „Alles wird beantwortet. Manchmal ist es grauenvoll, manchmal aber auch fruchtbar.“ Oft entwickelten sich längere Diskussionen. Aber wenn jemand nicht mehr argumentiere, müsse man die Kommunikation auch mal abbrechen.

Mehrwert von seriösem Journalismus erklären

Auch Markus Lohmüller will sein Publikum ernst nehmen und diskutiert oft mit Lesern ihre Kommen-



Markus Lohmüller: „Jeder ergoogelt sich heute seine eigene Wirklichkeit.“ (Quelle: Ulli Scharer/Straubinger Tagblatt)

tare und Leserbriefe: „Wir müssen den Mehrwert von seriösem Journalismus für Demokratie und Gesellschaft erklären und deutlich machen, wohin der Verlust einer freien Medienlandschaft führt. Pressefreiheit ist eben nicht selbstverständlich.“ Leserbriefe seien nach wie vor ein wichtiges Forum – auch online. Hier gebe es das Problem, dass Zuschriften manchmal anonym ankommen. Die neue Quellenvielfalt habe auch eine Kehrseite: „Jeder ergoogelt sich heute seine eigene Wirklichkeit. Die Folge: häufig immer mehr Radikalisierung.“

Meredith Haaf erkennt in der zurückliegenden Pandemie eine Zäsur: „Die Härte der Auseinandersetzung hat damals zugenommen. Die Haltung gegenüber der Presse wurde ablehnender – Stichwort ‚Lügenpresse‘. Wir hatten einen großen Verlust an Abonnenten.“ Viele wollten vor allem die eigene Position in den Medien wiederfinden, alle anderen Meinungen gelten nicht. „Es gab eine Eskalationsspirale. Corona war ein Brandbeschleuniger.“ Denn die Entfremdung von den Medien habe bereits ab 2015 mit den großen Fluchtbewegungen begonnen.



Quelle: pixabay

Krise als Vorteil

Journalistische Selbstkritik nach der Pandemie forderte Lohmüller: „Es gab zunächst viele Unsicherheiten und Ungewissheiten. Die Krise erwies sich erst einmal als Vorteil für die Medien: Der Informationsbedarf war sehr hoch. Und der Schulterschluss mit Politik und Wissenschaft wurde akzeptiert.“ Später im Verlauf der Pandemie wurde aber die vermeintliche Allianz zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten kritisiert. Die anfängliche Konformität der Berichterstattung sei nicht richtig gewesen. Einzelmaßnahmen hätten schärfer kritisiert werden müssen. In den Redaktionen seien Konsequenzen gezogen und die Perspektiven verbreitert worden. Der Meinungspluralismus in der Zeitung sei mittlerwei-

le größer. „Aber: Den Lesern alles recht zu machen, ist auch keine Lösung. Viele wollen nämlich nur das eigene Weltbild bestätigt bekommen“, sagte der Politikredakteur Lohmüller.

Diskussionskultur vorleben

Die mediale Unterrepräsentanz des Landes außerhalb der großen Städte – die Provinz – sieht Meredith Haaf als Problem: „Die sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen in Stadt und Land werden häufig von Journalisten nicht wahr- und aufgenommen.“ Deswegen sagt Lohmüller: „Wir müssen raus zu den Menschen und Diskussionsforen organisieren.“ „Dabei aber selbst so wenig wie möglich polarisieren – auch schwierig“, meinte Haaf dazu. Das Pro und Contra zu einem Thema in der Zeitung sei wichtiger geworden, stellte auch Lohmüller fest. Und: „Wir müssen eine gute Diskussionskultur vorleben: begründen, argumentieren. Einig waren sich beide Journalisten beim Thema Objektivität und Neutralität: Kommentar und Nachricht müssten auch zukünftig sauber getrennt werden. Man bemühe sich täglich so gut wie möglich darum.“

Einigkeit herrschte auch bei der Frage nach den Kriterien für Qualitätsjournalismus: Transparenz und Vielfalt der Quellen, Pluralismus der Autoren, kritische Distanz zu den Akteuren und Gegenständen jeglicher Berichterstattung, Achtung vor den Grundrechten. Insgesamt gebe es eine Annäherung der Medien und weniger Gegensätze.

Wenig Übereinstimmung allerdings war beim Thema rund um die „Flugblatffäre“ des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten und FW-Chefs Hubert Aiwanger in den letzten Wochen des zurückliegenden Landtagswahlkampfes zu erkennen. Die Süddeutsche Zeitung hatte bekanntlich die Affäre öffentlich gemacht und sich damit dem Vorwurf des Kampagnenjournalismus ausgesetzt. Markus Lohmüller sagte stattdessen: „Wir hatten das Flugblatt wie viele andere Medien auch. Wir haben nicht veröffentlicht, weil wir der Meinung sind, dass der Aiwanger von damals nichts mit dem Aiwanger von heute zu tun hat. Er ist Demokrat und kein Antisemit. Die Jugendsünden als 17-Jähriger kann man dem Minister heute nicht mehr anlasten. Außerdem war die Beweislage dünn.“

Bleibt noch zu ergänzen: Das Verbreitungsgebiet des Straubinger Tagblatts und der Landshuter Zeitung ist „Aiwanger-Land“. Hier holte er ein Direktmandat. Und vielleicht wollte es sich der Verleger des Blattes auch nicht mit seinen Abonnenten verderben.

Michael Schröder, Benediktbeuern

3. Strategien der politischen Bildung

Friedemann Brause: „Kontrovers, aber mit Kompass“ - Projekte der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung für Dialog und Beteiligung



Friedemann Brause

Quelle: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

und zivilgesellschaftlicher Dialog und erläuterte die Leitfragen seiner Arbeit:

- Kontroversität mit Kompass: Wie gelingt es, sich wahrnehmbar für Demokratie und Menschenrechte zu positionieren? Wem wird eine Bühne geboten und wie gelingt die Abgrenzung zu demokratie- und menschenfeindlichen Positionen?
- Dialog und Beteiligung, aber dauerhaft: Wie kann demokratisches Aushandeln und De-

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) agiert in einem politisch angespannten Klima. Wie sie Dialog und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gestaltet, erläuterte Friedemann Brause. Er ist bei der SLpB zuständig für die Themen Innenpolitik

battieren außerhalb der Tagesaktualität geschehen?

- Wie kann Mandatsträger:innen und Parteimitgliedern deutlich gemacht werden, dass politische Bildung nicht die Erklärerin (schlecht oder gut gemachter) Politik sein kann?
- Sicherheit und Sichtbarkeit: Von Diskriminierung betroffene Personen und engagierte Demokrat:innen brauchen sichere Räume. Wie können gerade Dialogformate für alle sicher gestaltet werden?

Mit verschiedenen Projekten will die SLpB den politischen Dialog fördern und die Bürger:innen im Freistaat angemessen beteiligen.

Kommune im Dialog: Beratung, Beteiligung und Krisendialog

Entstanden ist das Projekt 2011 angesichts von Ausschreitungen rund um den Jahrestag der Bombardierung Dresdens, die sich ab 2013 durch PEGIDA und Asylproteste noch verstärkten. Etwa 200 Krisendialoge und Versammlungen hat die SLpB alleine in der Hochphase der sogenannten Migrationskrise abgehalten. „Oft wurde es ziemlich heikel und wir haben viel gelernt, Konflikte aufzufangen und zu moderieren“, meint Friedemann Brause. Bei heutigen Ausgaben von *Kommune im Dialog (K!D)* ist der Ausgangspunkt meist ein Konflikt oder ein drängendes Thema vor Ort. „Aus den Kommunen hören wir oft den Wunsch, Druck aus dem Kessel zu lassen“, sagt Brause und gibt zu: Das überfordert alle Beteiligten. Dennoch sucht und findet man passende Formate, von Fishbowl-Diskussionen („bei denen sich die wenigsten an die Spielregeln halten und dann doch von außen reinquatschen“) bis zur Entwicklung verschiedenster Beteiligungsformate.

„Unsere externe Moderation löst zwar nicht jedes Problem, hilft aber oft, einen Schritt zurück zu



treten und den kommunalen Konflikt von außen zu betrachten“, erläutert Friedemann Brause. Auch die Landeszentrale selbst betont auf ihrer Website: „Konflikte sind in Demokratien normal – und kein Grund, in Angst und Sorge zu verfallen. Die Kunst der demokratischen Konfliktbeilegung besteht darin, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in einen Klärungsprozess einzubeziehen, die Vielfalt der Positionen abzubilden, Sachinformationen anzubieten, die Gemüter zu beruhigen – und so einer Lösung näher zu kommen.“ Man wünscht es allen Beteiligten.

Dialogprozess zur Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Zwickau

In Zwickau lebte bis 2011 das Kern-Trio des selbst ernannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Bundesweit verübte die Terrorgruppe rassistisch motivierte Anschläge, denen zehn Menschen zum Opfer fielen. In der Stadtgesellschaft Zwickaus wird seitdem über den Umgang mit dem NSU-Komplex und seiner Bedeutung im heutigen Zusammenleben diskutiert – seit Oktober 2022 moderiert durch die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

An insgesamt fünf Abenden nahmen jeweils zwischen 45 und 60 Menschen teil. Darunter befanden sich interessierte Bürgerinnen und Bürger, gewählte Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrats sowie des Kreis- und Landtags, zivilgesellschaftlich Engagierte, Organisationen und Vereine, religiöse Gemeinschaften und Kirchen, Bildungsträger und -einrichtungen. „Dieses Thema erregt die Stadtgesellschaft: Rechte Gruppierungen möchten es am liebsten begraben, während die Linke im Bemühen um Aufklärung und Erinnerungskultur die Verwaltung vor sich hertreibt“, beschreibt Friedemann Brause die Situation und gibt zu: Die Hälfte der eigenen Arbeitszeit wurde benötigt, um sich im Vorbereitungsteam auf die verschiedenen Einstellungen der Beteiligten einzustellen. Schließlich galt es, von der Antifa bis zu Gruppierungen „weiter rechts der AfD“ möglichst alle zusammenzubringen.

Wahlforen zur Landtagswahl 2024

Am 1. September 2024 finden die Wahlen zum Sächsischen Landtag statt. Im Vorfeld der Landtagswahlen will die SLpB, wie schon 2019, den Bürger:innen in Sachsen kompetente und informierte Wahlentscheidungen ermöglichen – und kommt mit der entsprechenden Veranstaltungsreihe in alle 60 Wahlkreise im Freistaat (und zudem in Schulen, die sich vorher dafür bewerben können). Bei den Wahlforen können Interessierte mit allen Direktkandidat:innen der sechs im Bundestag bzw. Landtag vertretenen Parteien direkt ins Gespräch

kommen. Und das weist schon auf eine von vielen Herausforderungen: Was tun zum Beispiel mit den Freien Wählern, die in Sachsen eine aufstrebende politische Kraft sind und auf Chancengleichheit pochen? Und was passiert mit dem Bündnis Sarah Wagenknecht? „Runden mit acht Podiumsgästen zu moderieren wird ein Ding der Unmöglichkeit“, sagt Friedemann Brause, „da werden wir an vielen Orten die bisherigen Formate anpassen müssen“. Weitere Herausforderungen für die Wahlforen 2024 benannte Friedemann Brause folgendermaßen:

1. Hohe Qualität bei hoher Quantität – in Bezug auf Moderation, Beteiligung, Sicherheit, Unterhaltungsfaktor und auch Inklusivität.
2. Ein breiter gefächertes Publikum ist wünschenswert – gerade Nicht-Akademiker:innen, junge Menschen und die mit Migrationsgeschichte müssen besser erreicht werden. 2019 hatten insgesamt 7.000 Personen an den Wahlforen teilgenommen – davon nachgewiesen knapp die Hälfte mit Parteibuch. „Das müssen wir sichtbar und transparent machen“, meint Brause.
3. Kontroversität mit Kompass – damit meint Brause, „eine demokratische Kultur vor(zu) leben“, trotz all den harten inhaltlichen Auseinandersetzungen, Desinformation und Anfeindungen, die er erwartet.

Zusammenfassung: Sebastian Haas, Würzburg

LINKSAMMLUNG:

VERSCHIEDENE PROJEKTE DER SLPB

- Wahlforen: <https://www.slpb.de/veranstaltungen/veranstaltungsreihen/wahlforen/wahlforen-zur-landtagswahl>
- Kommune im Dialog: <https://www.slpb.de/veranstaltungen/auf-anfrage/kommune-im-dialog>
- Leitfaden mit vielen konkreten Hinweisen für erfolgreiche Bürgerversammlungen: https://www.slpb.de/fileadmin/media/Veranstaltungen/Auf_Anfrage/Kommune_im_Dialog/Moderationsleitfaden.pdf
- Ergebnisse des Dialogprozess zur Aufarbeitung des NSU-Komplexes: <https://www.slpb.de/publikationen/eigenpublikationen/dokumentation-dialogprozess-nsu-aufarbeitung-in-zwickau>
- Rechte Landnahme: <https://www.slpb.de/veranstaltungen/veranstaltungsreihen/rechte-landnahme>

Dr. Christian Boeser: Projekt „Dorfgespräch!“

Als eine Möglichkeit der Förderung gesellschaftlichen Dialogs und Zusammenhalts präsentiert Dr. Christian Boeser, Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung an der Universität Augsburg sowie Leiter des Netzwerks Politische Bildung Bayern das Projekt „Dorfgespräch!“.

Die Kernfrage des Projektes lautet: Wie gelingt eine Dorferneuerung in den Köpfen?

Zu Beginn seiner Projektvorstellung verwies Christian Boeser auf die Publikation des Philosophen und WDR-Journalisten Jürgen Wiebickes „Zu Fuß durch ein nervöses Land. Auf der Suche nach dem, was uns zusammenhält“, in dem dieser feststellt: „Wir müssen dringend an der Kommunikationsstörung arbeiten, die inzwischen die Substanz der Demokratie untergräbt. Unserer Gesellschaft fehlt es an Orten der Begegnung für unterschiedliche Schichten und Milieus, es fehlt an Formaten des offenen Diskurses in einer Kultur des Zuhörens und Argumentierens, in der der Hass keine Chance hat.“¹

Anschließend warf er die Fragen auf:

- Was hält unsere Gesellschaft zusammen?
- Müssen wir mehr miteinander streiten?
- Wie fördert das Projekt *Dorfgespräch* den Zusammenhalt einer Gemeinde und die Streitkultur?

Im Anschluss an Ulrich Beck nannte Boeser vier Arten von gesellschaftlichem „Kitt“, der die Gesellschaft verbindet: Religion, Blut, Erwerbsarbeit/Kultur sowie die Selbstintegration der Individuen.

Mit der zweiten Frage schloss sich der Referent der Autorin und stellvertretenden Leiterin des Ressorts Meinung der Süddeutschen Zeitung, Meredith Haaf, an, die 2018 in ihrem Buch *Streit* pointiert formulierte: „Streit ist interessant, Streit macht schlauer, Streit ist lebenswichtig – für eine Gesellschaft wie für den Einzelnen, beruflich und privat. Ein guter Streit zwingt uns zum Argumentieren und Nachdenken. In Zeiten von AfD, Brexit und Trump bräuchten wir dringend eine optimale Streitfähigkeit.“²

Für das Projekt *Dorfgespräch* standen schließlich drei zentrale Fragen im Mittelpunkt:

- Wie kriege ich das Dorf in all seiner Vielfalt und Unterschiedlichkeit in einen Raum?
- Wie stärke ich die demokratische Streitkultur und den Zusammenhalt im Dorf?

- Wie gestalte ich den Prozess so, dass er nachhaltige Wirkungen hat und Lust auf „mehr“ macht?

Als Antwort empfahl Boeser, einen wertschätzenden Begegnungs- und Beteiligungsprozess zu initiieren, der damit beginnt, ein Team von Initiatorinnen und Initiatoren zu gewinnen, Schlüsselpersonen vor Ort zu sondieren sowie drei Dialogabende unter der Themenstellung „Begegnung, Auseinandersetzung und Handeln“ zu veranstalten.

Voraussetzung für ein gelingendes Dorfgespräch ist laut Boeser, einen Engelskreis zu initiieren, um bei den Bewohnern Beteiligung zu schaffen, die Identifikation erzeugt, aus der wiederum Beteiligung hervorgeht. Außerdem muss es gelingen, eine wertschätzende Grundhaltung bei den Beteiligten zu entwickeln. Anschließend müssen viele Möglichkeiten zur Begegnung und Interaktion geschaffen werden. Ebenso wichtig sei es, so Boeser, den Beteiligten ein Denken in Wechselwirkungen zu vermitteln, um zum Beispiel den Teufelskreis einer gegenseitigen Ablehnung zwischen Neuzugezogenen und Alteingesessenen zu durchbrechen. Schließlich sei es wichtig, in Anlehnung an Bernhard Pörksen und Friedemann Schulz von Thun ein Denken in Dilemmata zu vermitteln, das dann – wie in folgendem Beispiel verdeutlicht – zur Beseitigung von Problemen führt: „Probleme sind manchmal in dem Sinne lösbar, dass das Problem danach behoben ist – wenn man es nur richtig anstellt. Wenn mein Auge sich entzündet hat, weil ein Fremdkörper eingedrungen ist, dann ist dieses Problem nach fachärztlicher Beseitigung des Fremdkörpers bald behoben. Aber gerade bei Krankheiten geraten Ärztin und Patient häufig in ein Dilemma hinein. Jede Lösung hat ihre Risiken und Nebenwirkungen, hat neue Probleme im Schlepptau.“³

Erfolgreich kann das Projekt *Dorfgespräch* sein, wenn es gelingt, bereits während des Prozesses eine Dialog- und Beteiligungsorientierung zu initiieren, bestehende Netzwerke zu erweitern und zu stärken, ein neues „Wir-Gefühl“ bei bewusster Thematisierung von Konflikten zu etablieren, politisches Bewusstsein und Handeln vor Ort ohne erhobenen Zeigefinger zu steigern sowie niederschwellige „augenzwinkernde“ Formate für eine ernsthafte Auseinandersetzung anzubieten.

Weitere Informationen zum Projekt und zum Erwerb der Handreichung darüber bietet die Website <https://www.dorfgespraech.net>

Harald Retsch, Würzburg

Fußnoten:

¹Jürgen Wiebicke: *Zu Fuß durch ein nervöses Land. Auf der Suche nach dem, was uns zusammenhält.* 5. Auflage. Köln 2016

²Meredith Haaf: *Streit.* München 2018

³Bernhard Pörksen und Friedemann Schulz von Thun: *Die Kunst des Miteinander Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik.* München 2020

Elke Reinhart: Kümmerin der Initiative „Integration SAD“, Schwandorf / Integrationsbeauftragte der Stadt Neunburg vorm Wald

Elke Reinhart stellte drei Projekte vor:

- Integration Schwandorf (SAD)
- Kleiderladen Emma
- Ideenhaus Ronneburg (Thüringen)

Integration Schwandorf (<https://integration-sad.de/>)

Ziel des Projekts ist die gesellschaftliche Integration von Migranten. In erster Linie geht es um die Verbesserung der Sprachkenntnisse. Das Projekt will aber auch den Menschen helfen, mit verschiedenen Facetten des Lebens in Deutschland besser zurechtzukommen. Geflüchtete sollen unterstützt werden, mit den Herausforderungen der deutschen Bürokratie, den Anforderungen des Alltags in Deutschland und dem bayerischen Schulsystem umzugehen. Dabei lernen sie die Probleme, die mit diesen Bereichen verbunden sind, selbständig zu bewältigen.

Weitere Ziele sind Wertebildung und Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Die Initiative wird getragen von über 140 Ehrenamtlichen mit mehr als 80 Referenten, die ehrenamtliche Hilfe leisten und/oder in den Projekten mitarbeiten. Projektpartner sind die Horsch-Stiftung, Rotary-



Elke Reinhart; Quelle: www.frauenbund-bayern.de

Clubs in Schwandorf und Oberpfälzer Wald, die Lions-Clubs in Schwandorf und Oberpfälzer Wald, Round Table in Schwandorf sowie Unternehmen aus der Region.

Träger ist die Volkshochschule Schwandorf.

Integration SAD organisiert mehrere Projekte:

Deutschkurse: Deutsch für Mütter

Beim Projekt Integration Schwandorf steht die Sprache im Mittelpunkt. Angeboten werden Sprachkurse für Mütter, weil diese die wichtigsten Mittler bei der Integration der Familien sind. Gestartet wurde das Projekt 2017 mit

14 Teilnehmerinnen, heute besuchen 120 Mütter die Sprachkurse. Mit den Sprachkursen wird auch Kinderbetreuung angeboten. Über Partner aus der Erwachsenenbildung werden regelmäßig A1- oder A2/B1- Sprachprüfungen durchgeführt.

Projekt Lernen

Kinder werden beim Lesen-, Schreiben- und Rechnen-Lernen unterstützt (z.B. durch eine Hausaufgabenhilfe). Gemeinsames Lesen von Migrantenkindern und hier geborenen Kindern wird organisiert. Zusätzlich wird eine Leseförderung für Migrantenkinder angeboten.

Prävention

Die Initiative veranstaltet Vorträge und Workshops an Schulen, bei denen Geflüchtete mitwirken, Die deutschen Schülerinnen sollen über die Themen Flucht, Migration, Integration informiert werden.

Arbeitsintegration



Deutsch für Mütter – ein Kurs in Neunburg vorm Wald (Quelle: Integration SAD)

Unternehmen in der Region unterstützen die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt. Die Initiative vermittelt Geflüchtete, die einen Arbeitsplatz suchen, an Unternehmen.

Projekt „Das Haus“

Die Initiative hat ein altes Kino in Schwandorf angemietet. Es ist vorgesehen, in den Räumen Begegnungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und Migranten zu organisieren. Geplant ist zum Beispiel das Angebot „Frühstück für 1€“, das von Landfrauen aus der Region Schwandorf und geflüchteten Frauen zubereitet wird.

Kleiderladen EMMA

Der Laden bietet gebrauchte Kleider für sozial Benachteiligte - aber auch die allgemeine Bevölkerung an.

Auch Geflüchtete helfen seit Beginn 2015 ehrenamtlich in den Läden. Geflüchtete organisieren den Verkauf. Bei der Anlieferung und dem Verkauf der Kleider werden viele Kontakte ermöglicht, die die Integration fördern. Mit diesem Projekt soll die Integration sozial Benachteiligter sowie von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert werden. Dahinter steht das Ziel einer teilhabeorientierten Gesellschaft.

Ideenhaus Ronneburg

Dies ist ein weiteres Projekt der Horsch-Stiftung. In Ronneburg, einem Ort in Thüringen mit etwa 5000 Einwohnern, wurde ein altes Eiscafé angemietet, das zum Ort der Begegnung und Teilhabe werden soll. Geplant sind vielfältige Projekte mit sozialer Begleitung. Ein wichtiges Ziel soll hier die Berufsförderung sein.

Zusammenfassung: Peter Herdegen, Regensburg

MRin Dr. Andrea Taubenböck: Werte leben. Demokratie stärken. Gemeinsam stark. Das Wertebündnis Bayern und die Stiftung stellen sich vor

Junge Menschen über Wertefragen zum Nachdenken anregen, mit ihnen diskutieren und sie zum Handeln ermuntern – das will das „Wertebündnis Bayern. Gemeinsam stark für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“.

Vom Bayerischen Ministerpräsidenten initiiert, hat sich dieses bundesweit einmalige Bündnis seit seiner Gründung im März 2010 zu einem Erfolgsmodell entwickelt, um Werteorientierung und Wertebildung bei jungen Menschen zu fördern. Aus allen gesellschaftlichen Richtungen haben sich Partner zusammengefunden: Gleichberechtigt und als Teil einer starken Gemeinschaft. Sie verkörpern unsere aktive und kraftvolle Bürgergesellschaft. Im Oktober 2015 wurde die Stiftung Wertebündnis Bayern errichtet, um die nachhaltige und selbstständige Arbeit des Wertebündnis Bayern sicherzustellen (wertebundnis-bayern.de). Stifter ist der Freistaat Bayern.

„Das Geheimnis des Erfolgs ist der Gemeinschaftsgeist der Bündnispartner.“

Das Bündnis wird getragen von einer Vielzahl unterschiedlicher demokratischer Gruppen und Orga-

nisationen und ist offen für alle, die sich dem Anliegen des Wertebündnis Bayern verpflichtet fühlen. Die Bündnispartner engagieren sich dafür, dass sich junge Menschen, aber auch Erwachsene wie Eltern, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, mit Werten



beschäftigen und sich über Werte austauschen. In den gemeinsamen Projekten der Wertebündnispartner können junge Menschen Werte erfahren – konkret, lebendig und lebensnah. Das große Ziel: Aus den jungen Menschen von heute werden starke Erwachsene von morgen.

*MRin Dr. Andrea Taubenböck;
Quelle: Ianicelli*

„So unterschiedlich Werte sein können, so unterschiedlich sind auch die Bündnispartner im Wertebündnis.“

Freiheit und Verantwortung, Toleranz und Tradition – so unterschiedlich Werte sein können, so unterschiedlich sind auch die über 200 Bündnispartner im Wertebündnis Bayern. Doch gemeinsam ist allen, dass sie auf der Grundlage des basisdemokratisch erarbeiteten Wertebündnis-papiers handeln, das die Zielrichtung vorgibt. Das Wertebündnis hat zum Ziel, die Wertebildung und das Wertebewusstsein in unserem Land zu stärken – unter Mitwirkung möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte. Das Bündnis gründet in der Überzeugung, dass sich Wertvorstellungen bei aller Unterschiedlichkeit immer an der Würde des Menschen messen lassen müssen, so wie das im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Freistaats Bayern niedergelegt ist. Diese grundlegenden Normen sowie die dahinterstehenden Werte sind der Maßstab des Wertebündnis Bayern.

Bündnispartner sind keine Einzelpersonen, sondern Erzieher-, Eltern- und Lehrerverbände, die Spitzenorganisationen der freien Wohlfahrtspflege, die Glaubensgemeinschaften, Vereine, Stiftungen und Institutionen, die ihren Sitz in Bayern haben und sich bayernweit aktiv für die Wertebildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einsetzen. Um Mitglied zu werden, stellt eine Organisation einen formlosen Antrag bei der Stiftung Wertebündnis Bayern, die bei allen Fragen und Aufnahmeformalitäten beratend zur Seite steht. Mit der erfolgreichen Aufnahme in das Wertebündnis Bayern verpflichtet sich jeder Bündnispartner zur aktiven und engagierten Mitarbeit bei den Wertebündnissitzungen und den Wertebündnis-projekten.

„Gemeinsam können wir eine starke Lobby für diejenigen bilden, deren Stimme allein zu schwach ist.“, sagt Peter Maffay, Musiker und mit seiner Stiftung überzeugter Bündnispartner.



Eine zentrale Rolle spielen im Wertebündnis Bayern Projekte, die durch die Vernetzung der Bündnispartner entstehen. In den Projekten können Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene handlungsorientiert den Wert von Werten konkret erleben. Wertebündnisprojekte sind Kooperationsprojekte, an denen sich mindestens drei Wertebündnispartner beteiligen. Jeder der sehr unterschiedlichen Partner

bringt andere Eigenleistungen ein, Material, Arbeitszeit, Räume, Transport, Experten und Ideen. Dadurch entstehen Synergieeffekte und das Bündnis als Ganzes kann deutlich größere Projekte stemmen als es die rein finanziellen Mittel der Stiftung allein erlauben würden. Die Projekte sind auf Nachhaltigkeit angelegt, das heißt auch nach Ende der Projektlaufzeit von meist drei Jahren und ohne die Projektgelder bleiben die Projektergebnisse wirksam, denn es werden Multiplikatoren ausgebildet oder allgemein verfügbare Materialien erarbeitet. Die Qualität der Projekte wird durch eine begleitende Evaluation gesichert.



Quelle: Alexander Scharf

„Von Verantwortung für das Gemeinwohl, politische Bildung, Kunst, Kultur, Sport über Medien bis zu Integration und der eigenen Resilienz in einer globalisierten Welt – die Themenpalette der Wertebündnisprojekte ist breit.“

Die Projekte eröffnen Handlungsräume, in denen junge Menschen Werte für sich und ihr Leben entdecken können. Neben dem impliziten Erfahren von Werten durch konkretes Tun, bietet das Wertebündnis Bayern aber auch eine Plattform für den expliziten Wertediskurs und ein Forum zum inhaltlichen Austausch über ethische Fragestellungen (<https://www.wertebuendnis-bayern.de/projekte/>).

wertebuendnis-bayern.de/projekte/).

Die Geschäftsstelle der Stiftung ist für alle Angelegenheiten Ansprechpartner.

Mehr unter: www.wertebuendnis-bayern.de

Bericht über die Mitgliederversammlung des Landesverbandes Bayern der DVPB am 17.11.2023 in der Georg-von-Vollmar-Akademie Kochel

An der Mitgliederversammlung nahmen rund 30 Mitglieder teil. Zu Beginn wurde mit einer Gedenkminute an Hannes S. Macher gedacht, der im April verstarb.

Rechenschaftsbericht

Der Landesverband ist im Frühjahr Mitglied des Wertebündnisses geworden. Ebenfalls ist er der bayernweiten Kampagne Vote 16 zur Herabsetzung des Wahlalters ab der kommenden Landtagswahl beigetreten.

Der Abiturpreis „Politik und Gesellschaft“ des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e. V. wurde am 04. Juli 2023 in der Ludwig-Maximilians-Universität München verliehen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeichnete als Schirmherrin im Beisein von Prof. Dr. Oliver Jahraus, Vizepräsident der LMU für den Bereich Lehre, Ministerialdirektor Stefan Graf, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie Gero Kellermann, stv. Direktor der Akademie

für politische Bildung Tutzing, fünf Abiturienten (3 Preise und 2 Sonderpreise) aus, die sich in herausragender Weise mit aktuellen Themen aus den Bereichen Politik und Gesellschaft auseinandergesetzt haben. Insgesamt waren 126 Seminararbeiten aus ganz Bayern eingereicht worden. Erneut übernahm die Heinz und Sybille-Laufer-Stiftung für politische Wissenschaft die Finanzierung der Preisgelder. Nach der Verleihung der Preise fand eine Führung durch die Denkstätte Weisse Rose unter Leitung der Vorsitzenden, Dr. Hildegard Kronawitter, statt.

Im Namen des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung bedankte sich ihr Vorsitzender, Prof. Dr. Stefan Rappenglück, bei den Mitgliedern der Jury für ihre ehrenamtliche Arbeit, insbesondere bei Herrn Wölfl für die Koordination der Jury, bei Frau Lechner für die geleistete Pressearbeit und bei Herrn Hof dafür, dass aufgrund seiner Initiative das Kultusministerium die Kosten für das Mittagessen für die Preisträger und ihren Familien übernommen hat.

Für das nächste Jahr ist die Preisverleihung wieder



Die PreisträgerInnen des diesjährigen Abiturpreises; von links: Dr. Gero Kellermann (stv. Direktor der Akademie für politische Bildung Tutzing); Landtagspräsidentin Ilse Aigner; Preisträger: Simon Kummer (Sonderpreis), Constantin Albrecht (Sonderpreis), Paul Bachmann (3. Preis), Moritz Handtke (1. Preis), Jonas Dilger (2. Preis); Prof. Dr. Stefan Rappenglück (DVPB/Vorsitzender Landesverband Bayern), Ministerialdirektor Stefan Graf (Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus), Prof. Dr. Klaus Goetz (Vorstandsvorsitzender der Heinz und Sybille-Laufer-Stiftung), Prof. Dr. Oliver Jahraus (Vizepräsident der LMU München für den Bereich Lehre)
Foto: Markus Komposch / creative JAM GbR

im Landtag vorgesehen.

Der Vorsitzende hat Frau Aigner zu ihrer Wiederwahl zur Landtagspräsidentin im Namen des Landesverbandes herzlich gratuliert. Anlässlich der Etablierung der neuen bayerischen Staatsregierung dankte der Vorsitzenden den scheidenden Kultusminister Prof. Piazzolo für seine Tätigkeit als bayerischer Kultusminister und seinen Verdiensten zur Stärkung der politischen Bildung in der Schule. Zugleich gratulierte er der neuen Ministerin Frau Stolz zu ihrem Amt und hat um einen Gesprächstermin zum gemeinsamen Austausch gebeten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit lag bei der Vorbereitung der Jahrestagung 2023. Er dankte insbesondere Frau Boeser für die tatkräftige Unterstützung angesichts des kurzfristigen krankheitsbedingten Ausfalls von Jörg Siegmund. Herrn Siegmund wünschte er rasche Besserung.

Kassenbericht

In Vertretung des verhinderten Kassiers Armin Seemann erläuterte Stefan Rappenglück den Kassenbericht. Insgesamt schließt der Verband zum Ende des Jahres mit einem leichten Plus ab, u.a. auch durch den Verzicht einer Druckausgabe der FPU. Der Mitgliederstand beträgt ca. 267. Der Bericht der Kassen-

prüfer ergibt keine Beanstandungen.

Abiturpreis 2024

Friedrich Wöfl gab einen Ausblick auf den Abiturpreis 2024.

Forum Politikunterricht

Peter Herdegen verwies auf die digitale Ausgabe 1/2023 (neu) zum Thema „Energie- und Mobilitätswende in Bayern“ und auf die geplante Printausgabe 02/2023 mit dem Schwerpunkt „Lebenswerk Hannes S.Macher / Jahrestagung 2023“. Die Redaktion hat sich erfreulicherweise erweitert um die beiden neuen Redaktionsmitglieder: Uta Lechner und Gaby Griese-Heindl. Frau Macher ist Mitglied des Verbandes geworden und hat sich bereit erklärt, die Rubrik „Buchbesprechungen“ im Sinne ihres Vaters fortzuführen.

Jahrestagung 2024

Die Jahrestagung 2024 wird vom 20.-22.09.24 wieder in der Akademie für politische Bildung Tutzing stattfinden, wahrscheinlich zum Thema: aufsuchende politische Bildung. Es ergeht herzliche Einladung zur Mitarbeit.

Abiturpreis 2024

Auch im Jahr 2024 wird der Abiturpreis Politik und Gesellschaft des Landesverbandes verliehen. Der Termin steht bereits fest: **1. Juli 2024** im Bayerischen Landtag unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Ilse Aigner.

Save the Date

Die Jahrestagung 2024 des Verbandes findet vom **20.-22.09.2024** in der Akademie für politische Bildung Tutzing statt. Im Rahmen der Tagung findet die Mitgliederversammlung mit turnusmäßiger Neuwahl des Vorstandes statt, voraussichtlich am 21.09.24.

Michael May / Marc Partetzke: Einführung in die Politikdidaktik. Band 1: Geschichte, Essentials, Forschungs- und Entwicklungsfelder. Frankfurt/M. 2023: Wochenschau Verlag. 224 S., € 19,90 (Print) / € 18,99 (PDF)



Eine Einführung in die Politikdidaktik sollte einerseits den theoretischen Begründungsrahmen für die politikdidaktische Forschung aufzeigen und andererseits die Bedeutung der Ergebnisse der Forschung für die Praxis der politischen Bildung verdeutlichen. Diesen Anforderungen wird die Publikation der beiden Professoren für Politikdidaktik, Michael May, Friedrich-Schiller-Universität Jena, und Marc Partetzke, Universität Hildesheim, schon in der Einleitung und in dem einführenden Kapitel 2 („Pädagogik, Didaktik, Politikdidaktik“) des Bandes gerecht. Hier werden die Leser(innen), die sich mit der Politikdidaktik beschäftigen wollen, bei ihren – vermuteten – Fragen persönlich angesprochen und die Didaktik als Theorie und Praxis des Lehrens und Lernens vorgestellt, deren Gegenstandsbereich (mit Verweis auf wichtige Publikationen in der Politikdidaktik) mit neun Grundfragen zu erfassen sei: „Wer? Was? Wann? Mit wem? Wo? Wie? Womit? Warum? Wozu?“.

Die Politikdidaktik erweist sich damit als Scharnier zwischen Theorie und Praxis der politischen Bildung (S. 14ff.). Nachdem die Scharnierfunktio-

on der Politikdidaktik im Rückgriff auf das Kommunikationsmodell von Walter Gagel (vgl. S. 20) ausführlich dargestellt und die Bedeutung der vielfältigen Bezugswissenschaften in ihrer Komplexität skizziert wird, sind die verschiedenen Aktionsfelder der politischen Bildung – politische Bildung in der Schule, als Schulprinzip, als Unterrichtsprinzip, als Unterrichtsfach – für die Praxis der politischen Bildung einsichtig. Die politisch-kulturellen Bedingungen für die Entwicklung der Politikdidaktik und der politischen Bildung problematisieren die Autoren als „Historische Entwicklungslinien politischer Bildung nach 1945“ in der Bundesrepublik Deutschland („Bonner Republik“) und in der DDR (Kap. 3) sehr stark unter dem Gesichtspunkt der Reaktion auf den Nationalsozialismus/Faschismus. Insofern ist es notwendig und zielführend, dass sie die Leser(innen) „zu einer eigenständigen Auseinandersetzung mit Geschichtsdarstellungen zur politischen Bildung einladen.“ (S. 29). Zumal sich viele Anregungen für die politikdidaktische Forschung ergeben, etwa zur Überprüfung der These eines von Frankreich eingeführten „laizistischen Schulsystems“ in der ehemaligen französischen Besatzungszone (vgl. S. 30) oder zur These, dass sich seit der Wiedervereinigung „...weder in den Studiengängen der Universitäten noch...in.... Curricula und Schulbüchern...spezifisch ostdeutsche Spuren des Nachdenkens über politische Bildung“ befinden würden (S. 49). Für diese und die „üblichen“ Gegenstände der politikdidaktischen Forschung – zur Unterrichtsforschung, zur Erforschung der politischen Kultur als Rahmen und als Herausforderung der politischen Bildung u.a. – liefert gerade dieser Band der Einführung in die Politikdidaktik eine unverzichtbare Hilfestellung, weil die verschiedenen Möglichkeiten der empirischen Erforschung der Unterrichtswirklichkeit (Kap. 5.3) intensiv und mit Beispielen belegt, beschrieben werden. Leider müssen die Autoren auf Leerstellen in den Bereichen der quantitativen und qualitativen Forschungsergebnisse hinweisen (vgl. S. 137ff.), welche viele Fachkolleg(inn)en motivieren

könnten, in diesen Bereichen Aktivitäten zu entfalten, damit die Voraussetzungen für erfolgreiche politische Bildung verbessert werden.

Diese Forschungskonzeptionen sind ihrerseits eingebunden in die „Philosophie des Faches und die grundlegenden Annahmen zum politischen Lernen“, den grundlegenden Vorstellungen von Bildung und von politischem Lernen (Kap. 5.1). In diesem Zusammenhang stellen die Autoren die bekannten Konzeptionen der politischen Bildung, welche sich im vorigen Jahrhundert entwickelt haben (Theodor Wilhelm, Kurt Gerhard Fischer, Hermann Giesecke, Wolfgang Hilligen, Bernhard Sutor, Rolf Schmiederer) sowie neuere Konzeptionen vor.

Die „Essentials der Politikdidaktik und der politischen Bildung“ (Kap. 4) fördern die Praxis der politischen Bildung. Es werden nicht nur die in der Lehrer(innen)ausbildung unverzichtbaren Aspekte der didaktischen Analyse als Kern der Unterrichtsvorbereitung nach Klafki behandelt, sondern auch die Bedingungsfelder des Politikunterrichts – die anthropogenen und sozialkulturellen Voraussetzungen, die Rolle der Lehrperson –, welche im Kontext der Ziele des Politikunterrichts reflektiert werden (politische Mündigkeit und Emanzipation, demokratisch – politisches Bewusstsein, Bürgerleitbilder und die hierauf zu beziehenden Kompetenzen sowie Bildungsstandards). Die Darstellungen stellen konkrete Hilfen für die Reflexion und die Planung des Politikunterrichts dar.

Dies gilt ebenfalls für die Behandlung der in der politikdidaktischen Diskussion vorhandenen Probleme über das Neutralitätsgebot für den Politikunterricht und die Diskussion über Inhalte, Methoden und Medien, die politikdidaktischen Konzeptionen und Prinzipien sowie die politikdidaktischen Ansätze in der politischen Bildung (Kap. 4.1). Auch die Vergegenwärtigung der aktuellen Kontroversen (Kap. 4.2) über die „kritische vs. affirmative politische Bildung“ bis hin zu der sehr aktuellen Diskussion um „Emotionen und politische Bildung“ sind nicht nur in den Bereich der Theorie der politischen Bildung zu verorten, sondern

von unterrichtspraktischer Bedeutung.

Ganz besonders hervorzuheben sind die Bemühungen der Autoren, die neuesten Herausforderungen für die politische Bildung, die Digitalisierung und die Inklusion (Kap. 6) nicht nur darzustellen, sondern auch konkrete Beispiele für die Unterrichtswirklichkeit zu untersuchen.

Der erste Band der Einführung in die Politikdidaktik von Michael May und Marc Partetzke zeichnet sich – zusammenfassend – durch eine umfassende wissenschaftliche Begründung der Politikdidaktik, durch viele Hinweise und Hilfestellungen für die Forschungspraxis, nicht zuletzt durch wichtige Aspekte für die Praxis der politischen Bildung aus. Mit Spannung werden die Leser(innen) den zweiten Band der Einführung erwarten.

Prof. Dr. Carl Deichman, Jena

Toni Andreß: Das postkapitalistische Manifest. Wie wir unsere Wirtschafts- und Umweltkrisen lösen können. München 2023: oekom Verlag. 521 S., € 36.-



Obwohl bei Umfragen eine deutliche Mehrheit der Deutschen den Kapitalismus ablehnten, sei die herrschende Wirtschaftsordnung kaum ein Thema im öffentlichen Diskurs. Hier sieht der Wirtschaftsjurist Toni Andreß Handlungsbedarf. Das „Postkapitalistische Manifest“ be-

schreibt zentrale Problemfelder der herrschenden Wirtschaftsordnung, diagnostiziert an vielen Stellen das Fehlen einer echten Marktwirtschaft als die eigentliche Ursache und plädiert als Lösung der Probleme für die Abschaffung des Kapitalismus. Zentral ist für ihn dabei die Einführung eines Freigeldsystems (Geld ohne Zinsen), das die Verbraucher und die Realwirtschaft praktisch kostenlos mit Geld versorge. Geld dürfe allein dem Austausch und der Wertaufbewahrung, nicht jedoch der Wertvermehrung dienen. Kombiniert werden müsse diese fundamentale Geldreform mit einem nationalen Grundeinkommen, konsequentem internationalen Freihandel „mit gerechten Wettbewerbsbedingungen“ (S. 12) einschließlich einer Weltwährung sowie die Einrichtung eines Marktes für umfassende Umweltverschmutzungsrechte. Um den Kapitalismus zu überwinden brauche es keinen neuen Menschen, sondern nur neue Regeln, die es den Akteuren ermöglichen, „sozial zu handeln, ohne ihren Eigennutz aufzugeben“ (S. 13).

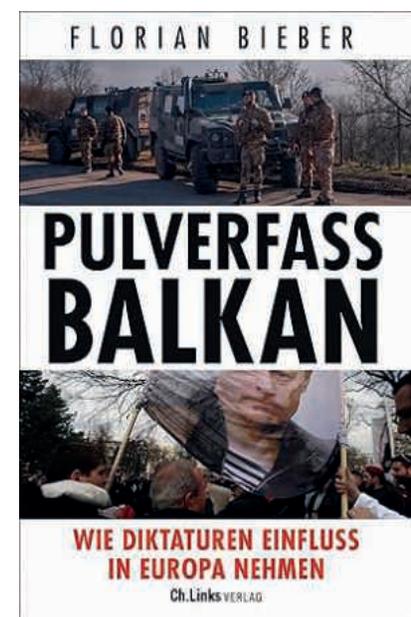
Das erste Kapitel thematisiert Probleme des existierenden Kapitalismus (Finanzkrise, Überschuldung, Vermögensungleichheit), skizziert die Freigeldlehre, gibt Handlungsempfehlungen, und beleuchtet ausführlich deren Auswirkungen. Im zweiten Kapitel beschreibt der Verfasser ebenfalls sehr detailliert die derzeitige Umweltbelastung und -zerstörung, ehe er Vorschläge zur Reform des bestehenden Emissionshandels unterbreitet (Ausdehnung auf alle Unternehmen und möglichst alle schädlichen Emissionen), ergänzt um viele Verbote (analog zum FCKW-Verbot). Es folgen sehr detaillierte Erläuterungen zu den Auswirkungen einer solchen Umweltpolitik auf alle wesentlichen realwirtschaftlichen Bereiche. Das dritte Kapitel behandelt die Arbeit, wiederum ausgehend von einer Problembeschreibung (Armut, Sklaverei), gefolgt von der Darstellung des Grundeinkommenskonzepts und seinen möglichen positiven Wirkungen. Im letzten Kapitel schließlich geht es um die Probleme des internationalen Handels, das Prinzip des konsequenten Freihandels und einer neutralen

Weltwährung und die Frage, welche positiven Auswirkungen aus diesen Lösungskonzepten folgen könnten.

Natürlich fragt sich die Leserin und der Leser, woher die transformative Kraft für die Entmachtung des Finanzkapitals kommen soll und ob nicht auch in den vom Kapital befreiten Märkten noch ökonomische „Sach“zwänge (strukturelle Ungleichheiten als Folge geografischer und historischer Umstände wie etwa der Kolonialismus, Konkurrenz statt Kooperation, Entfremdungsphänomene) schlummern. Auch wird das Kriterium nicht hinreichend deutlich, nach dem systematisch entschieden werden kann, in welchen Fällen Anreize genügen und wo Verbote unerlässlich sind. Wer jedoch ein Buch sucht, das ihn umfassend über den gegenwärtigen Zustand der kapitalistisch „regierten“ Welt und über die Vision eines Postkapitalismus informiert, der ist mit diesem „Manifest“ bestens bedient, auch wegen der beeindruckenden Vielfalt der Belege über soziale und auch technische Details der dringend gebotenen Transformation.

Prof. Dr. Fritz Reheis, Rödental

Florian Bieber: Pulverfass Balkan. Wie Diktaturen Einfluss in Europa nehmen. Berlin 2023: Ch. Links Verlag. 247 S., € 20.-



Es ist ein komplexes Geschehen,

das uns der Südosteuropa-Experte Bieber in 17 Kapiteln auf 247 Seiten (und 2 Karten) vorstellt. Das sprichwörtliche „Pulverfass“, so stellt er eingangs zurecht fest, ist hierbei wenig tauglich.

Es geht vielmehr um die sechs westlichen und doch sehr unterschiedlichen Balkanländer, um Montenegro, Serbien, Bosnien-Herzegowina, den Kosovo, Nordmazedonien und Albanien, die allesamt die EU-Mitgliedschaft anstreben.

In der Fülle der Publikationen hierzu werden meist die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Kandidaten in den Ländern selbst, nicht aber deren Umfeld angesprochen. Dabei ist doch offenkundig, dass Russland, die Türkei, China, die arabischen Länder und die Vereinigten Emirate keineswegs unterschätzt werden dürfen. Die Investitionen, die sie betätigen, sind doch beachtlich, ja überwältigend: allen voran China. Chinesische Unternehmen sind die Bauherren, China gewährt immense Kredite, kauft „notfalls“ auch das ganze Geschäft, so geschehen beim Hafen von Piräus. Die Autobahnen, meist mit türkischem Geld und chinesischem Knowhow gebaut, haben Serbien, Montenegro und Bosnien nicht wirklich zusammengeführt, wohingegen die Autobahn, die das albanische Tirana mit dem Kosovo verbindet, als „patriotisch“ gilt. Manche Investition fand im Lande großen Gefallen, manche war aber auch mokant, etwa die protzige Moschee in Sarajevo nach saudischem Muster und mit saudischem Geld hingestellt. Was hier an Glanz abfällt, wird aber auch oft widerwillig gefeiert: China will nicht nach den inneren „Angelegenheiten“ fragen, aber auch ebenso wenig selbst gefragt werden: man denke an die Unterdrückung der Uiguren in China. Die Zurückhaltung Russlands bei der Anerkennung des Kosovo erklärt sich so freilich auch: So weit sollten die Selbstbestimmungsrechte doch auch wieder nicht gelten.

Bieber stellt von Anfang an die Oligarchen und Autokraten, die Mittelsmänner, Geldwäscher und Steuerhinterzieher ins Licht. Was sie betreiben, lohnt sich bestimmt, denn der Westbalkan verschafft ihnen

schon mal (gerne!) Zutritt zu einer Region, die von der EU umschlossen ist: ein „Loch“, das weit weniger verregelt und daher gestaltbarer ist. Industrien mit toxischer Ausbeute danken es ihnen; legendär sind da die Kupferminen in Ostserbien.

Bieber porträtiert so manchen Diktator, kann aber auch Lichtblicke einfangen. Immerhin gehört zur politischen Kultur des Westbalkans auch Demokratie, erfreulicherweise werden ja immer wieder Potentaten abgewählt, wenn sie es zu bunt treiben. Das geschah u.a. Gruevski (Makedonien) oder Djukanovic (Montenegro). Ob in Serbien Vucic an der Macht bleibt, wird sich bei den Wahlen im Dezember 2023 zeigen.

Eine besondere Rolle spielt die Türkei, die seit Jahrzehnten die EU-Mitgliedschaft anstrebt, insoweit sie der ganzen Region Dynamik gibt, sich aber auch als Bewahrer des Osmanischen Erbes, insbesondere der Moscheen, versteht. Der selbstherrliche und autokratische Erdogan findet in der türkischen Gesellschaft nur noch knapp Unterstützung.

Was den Westbalkan angeht, so ist zweifellos Serbien der wichtigste Protagonist, der auch nach Zahlen und Fakten an der Spitze des Fortschritts stehen möchte. Exemplarisch ist hier das Großprojekt „Belgrade Waterfront“, das zahlreiche Kritiker und Oppositionelle nur die „Dubai-fizierung an der Sava“ nennen: In einer Nacht- und Nebelaktion im April 2016 wurden historische Gebäude abgerissen, durch ein modernes Geschäftszentrum ersetzt. Weitgehend mit Krediten aus den Emiraten finanziert, ist es wegen horrender Mieten keineswegs so attraktiv.

Bieber schließt seine Überlegungen zur Zukunft der Region recht unentschieden, vage ab. Die EU habe es nicht geschafft, den Westbalkan in der EU zu „verankern“. Er beklagt die „Schwäche“ der EU, die der „Spielball globaler“ Mächte geworden sei. Überzeugend belegt ist dieses Urteil nicht. Das gewollte und anhaltende Faktum der Migration, gerade auch aus dem Westbalkan in die EU und in der Folge aus Billiglohnländern dazu, spricht eigentlich dagegen.

Prof. Dr. Wolfgang Berg, München

Vincent Maria Konrad: *Leben ohne Wagen wagen. Eine Reise ins autofreie Glück.* München 2021: oekom verlag. 128 S., € 15.-



Der Verfasser hat nach 20 Jahren sein Auto verhöckert und beschreibt, wie er ohne Wagen befreit und zufrieden ein neues Leben führt. Zu Fuß oder mit dem Fahrrad erschließt sich ihm eine neue Welt, die er als Autofahrer nicht wahrnehmen konnte. Klar, ohne Auto kommt er nicht schnell woanders hin, dafür erfährt er nun „durch erlebte Erlebnisse eine Lebendigkeit“, die er zuvor nicht kannte. Der Verzicht auf das Auto hat neue Türen in seinem Leben aufgestoßen, und sie gibt ihm auch die Kraft „noch aktiver für den Erhalt unserer kostbarsten Schätze auf Erden zu werben“. Das wird alles so ausführlich und klar geschildert, dass man als Leser ernsthaft überlegt, ob man nicht ebenfalls auf sein Auto verzichten sollte.

Wie nötig das wäre, begründet Konrad überzeugend. Waren 1976 in Deutschland 19 Millionen PKW zugelassen, gibt es inzwischen in der BRD mehr Autos als Haushalte. Weltweit sind es bereits ein Milliarde Autos, und mit einer Verdoppelung ist in rund 20 Jahren zu rechnen. Bei uns sterben laut einer Studie jährlich 124.000 Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung, vorwiegend erzeugt durch den Feinstaub und die Stickstoffoxide der vorbeifahrenden Automobile. Ohne eine erhebliche Reduzierung des Autoverkehrs, das

belegt der Autor überzeugend, wird die sich abzeichnende Klimakatastrophe nicht zu verhindern sein.

Eine Welt ohne Autos? Die Stadt, so Konrad, würde „zum grünen Open-Air-Dauer-Festival“, die Straßenfläche könnte halbiert und in Parks und Naturreservate umgebaut werden, wo die Stadtbewohner ihr eigenes Gemüse ernten. Erste bescheidene Ansätze gibt es, beispielsweise in Münster, wo die Innenstadt weitgehend für Autofahrer gesperrt ist, und in Amsterdam sollen demnächst 10.000 öffentliche Parkplätze wegfallen. Ich bin mir sicher, dass dieses kluge Buch dazu beitragen kann, dass viele Menschen eine Reise ins autofreie Glück erwägen werden.

Dr. Thilo Castner, Fürth

Emanuel Richter: Senioren-demokratie. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen für die Politik. Berlin 2020: suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2301. 260 S., € 20,-



Emanuel Richter, emeritierter Professor für politische Wissenschaft an der TH Aachen, will mit diesem Buch einen Beitrag zu einer Debatte leisten, die durch Kampfbegriffe wie Gerontokratie und Generationenkonflikt schon ein bisschen aufgeheizt

ist. Sachlichkeit täte hier Not, doch Richters Analyse schafft eher neue Überspitzungen und bringt nur sehr vage Lösungsansätze.

Die Fakten sind eigentlich unstrittig und werden von Richter noch einmal relativ ausführlich dargestellt: die demografischen Veränderungen der letzten 50 Jahre führen zu einer Überalterung der Gesellschaft (euphemistischer könnte man auch von einer „Unterjüngung“ sprechen), die soziale Ungleichheit zwischen Luxus-Senioren und Alters-Prekariat nimmt ab 60+ eher noch zu. Die politischen Strategien zur Behebung dieser beiden Probleme sind bislang eher unzureichend und wenig nachhaltig, obwohl jeder - auch die Bundesregierung schon im Jahre 2009 - weiß: „eine so gute öffentliche Versorgung und ein so frühes Rentenalter, wie es viele heutige Seniorinnen und Senioren genießen, wird es in absehbarer Zeit nicht mehr geben“.

Richter geht es jedoch mehr um die Rolle der Senioren in einer verunsicherten Demokratie und in einer globalisierten Markt-Ökonomie. Er spricht von einem industriekapitalistischen Leitbild der nicht nachlassenden Betriebsamkeit: „Die Menschen sollen arbeiten, solange es nur geht, und sie sollen konsumieren, bis sie tot umfallen“. Andererseits: ist es nicht ein Stück Lebensqualität, wenn man dank des medizinischen Fortschritts und dank einer vernünftigen Lebensführung auch im Abschnitt 65+ noch zu selbstgewählter Arbeit und zu Studienreisen in die weite Welt fähig ist? Vollkommen unangemessen ist Richters Kritik an der Funktion der vielfältigen und ehrenamtlichen Senioren-Selbsthilfe, die er als Outsourcing von Staatsaufgaben und sogar als Zeichen von partiellem Staatsversagen (!) diskriminiert. Dies ist eine Entwürdigung von zahlreichen älteren Menschen, die ihr zivilgesellschaftliches Engagement in Pflegeeinrichtungen, bei Tafeln und in Alten-Akademien ausüben.

Der zweite kritische Ansatz von Emanuel Richter ist das besonders in der Werbung vermittelte Ideal der Juvenilisierung, der Aufruf zu altersloser Uniformität durch gesundheitliche Selbstoptimierung. Dieses

Klischee sieht er im Spannungsfeld zwischen melancholischer Sicht auf die Hinfälligkeit des Alters sowie der sozialen Isolation und einer Bewunderung von würdevoller Altersweisheit, die sich in der Politik in einem punktuell auftretenden Altersbonus („elder statesman“) ausdrückt. Manche Thesen erinnern stark an die Kritik des Freizeitsports („Trimm Dich“), wie er in den späten 1960er Jahren formuliert wurde: damit würde man sich nur für die weitere Verwendung in einem ausbeuterischen Arbeitsmarkt fit machen.

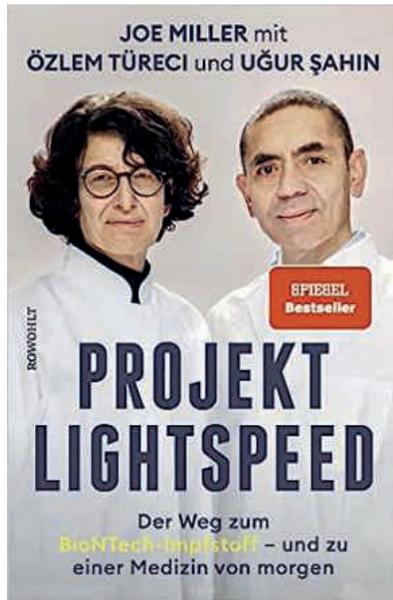
Das politische Engagement von älteren Menschen unterscheidet sich eigentlich nicht substantiell von dem anderer Altersgruppen. Wer (im Beruf oder im Alter) unter prekären materiellen Lebensbedingungen zu leiden hat, fällt durch geringere Wahlbeteiligung und reduzierte politische Informiertheit aus. Politische Partizipation findet man vor allem bei finanziell abgesicherten Menschen mit höherem Bildungsabschluss. Denen muss man dann nicht unbedingt erzählen, dass es nicht nur um die Vertretung eigener Interessen, sondern auch um den Blick auf die Generationengerechtigkeit gehen sollte.

Richters abschließende Parole - „Demokratie statt Demenz“ - darf als nette Alliteration, aber kaum als ernsthafte politische Botschaft abgehakt werden.

Wolfgang Reitzammer, Nürnberg

Joe Miller: Projekt Lightspeed. Der Weg zum BioNTech-Impfstoff – und zu einer Medizin von morgen. Hamburg 2021: Rowohlt Verlag. 350 S., € 22,-

Özlem Türeci und Ugur Sahin ist zu verdanken, dass mit dem von ihnen entwickelten Impfstoff BioNTech das Covid-19-Virus in Schach gehalten werden konnte. Der Financial Times-Journalist Joe Miller steht mit dem deutsch-türkischen Ehepaar seit März 2020 in ständigem Kontakt und konnte deshalb sehr ausführlich schildern, wie den beiden mit ihrem relativ kleinen Mainzer Unternehmen in Rekordzeit der Durchbruch



gelang. Miller macht es den Lesern allerdings nicht leicht, ist es doch sein Ehrgeiz, die komplexen Wirkungsweisen der Impfstoffe zu erklären, und ohne Verwendung einer Vielzahl medizinischer Fachbegriffe geht das leider nicht. Türeci und Sahin hatten zuvor jahrelang Heilmittel gegen Krebskrankungen entwickelt und Kontakt zu etlichen Firmen weltweit hergestellt, so dass es unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie möglich war, in Zusammenarbeit mit großen Pharmaunternehmen in China und den USA zwei Milliarden Impfdosen zu produzieren. Entscheidend, so der Autor, waren jedoch einzig und allein das wissenschaftliche Knowhow der beiden sowie ihr unermüdliches Forschen, Testen und Experimentieren.

Bereits im Januar 2021 hatte der SPIEGEL Türeci und Sahin zum „deutschen Heldenpaar“ erklärt, zu Wissenschaftlern, die die Welt gerettet haben. Joe Miller macht deutlich, dass dieser Ehrentitel durchaus angemessen ist, wie auch die bereits erfolgte Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.
Dr. Thilo Castner, Fürth

Franziska Heinisch: Wir haben (k) eine Wahl. Ein Manifest gegen das Aufgeben. München 2021: Blessing Verlag. 228 S., € 14.-

Erfreulich: Noch eine – sprich: eine weitere – junge Frau, die sich engagiert. War die nach 1968 benannte Protestwelle von Männern dominiert, so stehen derzeit intellektuell klardenkende, verbal klug und wenn nötig scharf formulierende Frauen in der ersten Reihe des „So kann es nicht weitergehen“. Die 1999 geborene Franziska Heinisch gab schon mit einem online-Appell den Anstoß zum Buch „Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen“, studiert



Jura in Berlin und arbeitet seit 2020 in „Global Justice in Europe“ mit. Jetzt setzt sie sich mit dem grassierenden Missmut, der politischen Enttäuschung und der vielfältigen Mutlosigkeit auseinander. Das „keine Wahl“-Gefühl zerlegt sie argumentativ Stück für Stück, Gedanke für Gedanke – dabei führt sie an Dutzenden Beispielen, etwa von den Öl-Konzernen über das Zwei-

fel schürende Heartland Institute zu den Autokonzernen und der bundesdeutschen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ vor, mit wie viel Geld und mit welchen beschwichtigenden Lobby-Strukturen gegen eine andere, klima- und sozial gerechtere Politik gearbeitet wird. Aus der Grundhaltung „Naja, jetzt sind wir dran, oder?“ plädiert sie dafür, auch die Wut über die derzeitigen Verhältnisse zuzulassen – daraus aber Energie für das Engagement in konkrete Projekte umzusetzen und vor allem jedoch die nie ersterbende Hoffnung auf eine schrittweise bessere Welt zu schöpfen. Ihr „Wir haben eine Wahl“ belegt sie wissenschaftlich präzise mit über 400 Anmerkungen im Anhang – was auch offenlegt: Wir sind nicht allein. Ein echtes Mut-mach-Buch.

Dr. Wolf-Dieter Peter, München

Hinweis in eigener Sache:

Wenn Sie für die nächsten FPU-Hefte Bücher aus Politik und/oder Zeitgeschehen rezensieren möchten, melden Sie sich bitte gerne per Email unter redaktionfpu@gmx.net. Vielen Dank!



Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr!



Werden Sie Mitglied im DVPB LV Bayern!

Ziel des Verbands ist die Förderung der Politischen Bildung an Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, insbesondere die Stärkung der Fächer der Politischen Bildung (Politik und Gesellschaft, Geschichte – Politik – Geographie, Heimat- und Sachunterricht) und Zeitgeschichte.

Leistungen des Verbandes für seine Mitglieder:

- Kostenlose Zusendung der Landeszeitschrift „FORUM POLITIKUNTERRICHT“: mit Schwerpunktthema, Vorstellung neuer Fachliteratur, Hilfen für den Schulunterricht – Materialien und Informationen;
- Jährlich 4 Hefte der Bundeszeitschrift „POLIS“: aktuelles Schwerpunktthema, das aus fachwissenschaftlicher, fachdidaktischer und unterrichtspraktischer Perspektive behandelt wird;
- Einladung zu Veranstaltungen des Landesverbandes und des Bundesverbandes;
- Einladung zum Bundeskongress, der alle drei Jahre stattfindet und ein Kommunikationsforum für Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Praxis bietet

Kosten der Mitgliedschaft: für Berufstätige 50.- €/ Jahr, für Studierende 25.- €/ Jahr

Kontakt: Stefan Rappenglück, Email: stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

(Bitte senden an OStR Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising)

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB)

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ Ort: _____

Email-Adresse: _____

Ich erkläre mich hiermit auch einverstanden, dass der Jahresbeitrag von meinem

Konto (IBAN) _____

bei _____

abgebucht wird.

Datum: _____ Unterschrift: _____

NEU

Mensch & Politik

Sekundarstufe II

Wissen und Kompetenz für Politik und Gesellschaft

problemorientiert – kompetenzorientiert – multimedial

Mensch & Politik Bayern – moderne Arbeitsbücher, die aktuelle Themen und Herausforderungen aufgreifen und zu einer kritisch-konstruktiven Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen einladen.

- klare didaktische Strukturierung
- aktuelle und vielseitige Materialauswahl
- problemorientierte Fragestellungen
- Multiperspektivität und Kontroversität
- altersgerecht differenzierte Aufgaben
- Projektvorschläge
- Vertiefungsangebote
- Lernen mit digitalen Medien

Mensch & Politik SII Bayern

Schulbuch 11	978-3-14-118439-6	29,50 €
Schulbuch 12	978-3-14-118446-4	31,50 €
Schulbuch 13	978-3-14-118453-2	in Vorb.

Mehr Informationen, die Materialien für Lehrkräfte und das digitale Unterrichtssystem BiBox finden Sie auf www.westermann.de.



GYMNASIUM
BAYERN

NEU

westermann

Immer auf den Punkt

